

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 8. Oktober 1930
12. Jahrgang, Nummer 234

Erste Seite mit Ausnahme des Sonntags und Festtage. Bezugspreis: Wochenblatt 40 Pf. + 12 Pf. Postgebühr = 52 Pf., monatlich 2,10 RM. + 50 Pf. Postgebühr = 2,60 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 RM., unter Streifenband 3 RM. Auslandspreis: Die getragene Zeitung 2,00 RM. oder deren Äquivalent in Reichsmark. Die bestgeeignete Werbungsart ist die in der Zeitung. Die bestgeeignete Werbungsart ist die in der Zeitung. Die bestgeeignete Werbungsart ist die in der Zeitung.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, — Druck: „Deubog“, G. L. Breslau, Kreuzberger Straße 50.

Oppelner Eisenbahner für den Kampf gegen den Verrat der Gewerkschaftsführer!

Für Abbau der Direktorengelälter und 20 Pfennig Stundenloohnerhöhung

Oppeln. Nachstehende Entschliessung wurde in der am 4. Oktober abgehaltenen öffentlichen Eisenbahner-Versammlung einstimmig angenommen:

„Die heute, am 4. Oktober 1930, versammelten Eisenbahner aller Dienststellen von Oppeln und Umgegend nahmen mit Enttäuschung Kenntnis von dem Beschluß zwischen Reichsbahnverwaltung und Kartellgewerkschaften, nach welchem den Eisenbahnern erneut Forderungen aufgedrungen werden. Die Einlegung der Forderungen unter dem Deckmantel der „schweren wirtschaftlichen Lage der Reichsbahn“ bedeutet einen Verrat von 15 Prozent bei den Eisenbahnern, der an und für sich schon niedrigsten Hungerlöhne in Deutschland.

Die reformistische, christliche und hirsch-dundersche Gewerkschaftsbürokratie, die unter dem hiesigen Deckmantel der Verhinderung von Entlassungen ihre Zustimmung zu diesem Lohnabbau erteilt, beweist damit erneut ihre Zusammenarbeit mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gegen die Eisenbahner, und begeht einen neuen Verrat an den Eisenbahnern. Die seitens der Gewerkschaftsbürokratie aller Richtungen propagierte Verhinderung der Entlassungen durch die Zustimmung zu den Forderungen soll der Reichsbahn ermöglichen, die Entlassungen zu vermeiden und in aller Ruhe vorzunehmen.

Dieser Verrat mußten die Eisenbahner erkennen, und unter der Führung der SPD. für folgende Forderungen den Kampf aufnehmen:

1. Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden pro Tag, bei entsprechendem Lohnausgleich, und Beseitigung der Dienstbauernvorschriften.
2. Abbau der Gehälter der Direktoren, der höheren Beamten.
3. Beseitigung des Bahnschutzes, der Technischen Nothilfe und der Eisenbahn-Sportvereine.
4. Beseitigung der Leistungszulagen und des Gehingenerfahrens.
5. Erhöhung der Löhne um 20 Pfennig die Stunde, Beseitigung der Wirtschaftsklassen, Ortsklassen sowie Reduzierung der Lohngruppen von 8 auf 3.

Nur durch die Verwirklichung dieser Forderungen kann der Personalabbau verhindert werden.

Die Entschliessung ist die einzig richtige Antwort auf den erneuten Verrat der Gewerkschaftsbürokratie an den Eisenbahnern. Alle übrigen Eisenbahner Oberschlesiens und Schlesiens müssen sich ebenfalls aussprechen und gegen den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie protestieren.

Abwehrgrube gegen den Hungerschiedspruch für Kampfaufnahme am 1. November

Die Belegschaften Abwehrgrube und Delbrückschächte wählen Kampfausschüsse

Mitteilungs. In der am Sonntag, dem 5. Oktober, stattgefundenen Belegschaftsversammlung wurde nachstehende Entschliessung angenommen:

„Die am 5. Oktober bei Brauer tagende Belegschaftsversammlung nimmt Kenntnis von dem gestellten Hungerschiedspruch und erhebt schärfsten Protest. Sie stellt sich hinter die Forderungen und Beschlüsse des Mitbestimmter Bergarbeiterkongresses. Die Belegschaft der Abwehrgrube fordert die übrigen Bergarbeiter auf, sich dem Kampfe um diese Forderungen und Beschlüsse anzuschließen.“

Zur Vorbereitung des Bergarbeiterkampfes wählte die Belegschaft einen Kampfausschuss. Gleichfalls wurde ein Kampfausschuss in der am Sonntag stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Delbrück- und Guido-Schachtanlage gewählt.

Auf allen übrigen Schachtanlagen müssen die Belegschaften in Betriebsversammlungen zu dem Hungerschiedspruch Stellung nehmen, ihn ablehnen und Kampfausschüsse zur Vorbereitung des Kampfes auf der Linie der Belegschaft des Mitbestimmter Kongresses wählen. Es sind alle Vorbereitungen für die Aufnahme des Kampfes zum 1. November zu treffen.

protestieren. Aber bei der Annahme einer Entschliessung und dem Protest kann es nicht bleiben. In allen Dienststellen muß dazu übergegangen werden, Betriebsgruppen der SPD. aufzubauen und vorbereitende Kampfausschüsse zu wählen, um den Abwehrkampf gegen die Eisenbahnhauptverwaltung und ihre Kollaten, die Gewerkschaftsbürokratie, erfolgreich führen zu können.

Ein neues Terrorurteil der schlesischen Klassenjustiz

Geiern wurde in Brügge das Urteil im Landfriedensbruchprozess gegen eine Anzahl unserer Genossen gefällt, wegen der Verhinderung der Nazijubiläen in Belgien am 24. August. Es wurden folgende ungeheuerlichen Strafen verhängt: Genosse Proste, 1 Jahr Gefängnis, Genosse Gustav Wiesner 9 Monate, Genosse Galaiske 9 Monate, Genosse Ernst Schmeier 7 Monate, und die Genossen Wilhelm Thomas, Gustav Proste und Hermann Stroppig je 5 Monate Gefängnis.

Dieses Urteil übertrifft noch in erheblichem Maße das Terrorurteil von Logau. Obwohl durch die Beweisaufnahme einwandfrei erwiesen wurde, daß es sich nicht um einen sogenannten Landfriedensbruch der Angeklagten handelte, sondern um die Abwehr der planmäßig betriebenen Ueberfälle von Seiten der Nazis, kam das Gericht zu dem obigen Urteil.

Daß dieses Urteil mit Recht nicht das Mindeste gemein hat, sondern die Klassenjustiz hier lediglich ein abschreckendes Exempel statuieren wollte, um unseren Vormarsch zu hindern, daß hat der Vorsitzende des Gerichts, der ein echter Stahlhelmrichter ist, durch folgenden Satz eindeutig bewiesen, den dieser famose „Rechtspfeiler“ schon vor der Verhandlung herausgegeben hat. Dieser Satz lautet:

„In der Strafsache gegen Proste und Genossen wegen schweren Landfriedensbruchs. Auf Grund der richterlichen Befugnisse aus §§ 177, 178 StGB. ordne ich an, daß während der Hauptverhandlung am 30. September cr. gegen Proste und Genossen die Angeklagten und Zeugen weber uniformähnliche Kleidung, noch parteipolitische Abzeichen bei Vernehmung einer Ordnungsmasse tragen dürfen.“

Der Vorsitzende des Schöffengerichtes, gez. J. J. Gutth. Beglaubigt: Werner, Justizangestellter.

Mit diesem richterlichen Befehl war das Urteil bereits im voraus gefällt. Die SPD. soll auch mit Hilfe des Justizapparates gehindert werden, die viereinhalb-Millionen-Armer für den Kampf um Brot und Freiheit zu erweitern. Sie soll gehindert werden, den Kampf gegen Nazipest und Stahlhelmschande weiter wie bisher fortzuführen. Deshalb dieses neue Terrorurteil. Die Antwort muß sein:

„Nun erst recht mit aller Kraft weiter vorrücken zur Erweiterung der roten Klassenfront. Ebenso aber muß auch die Arbeit für die von der Justiz so gehagte Rote Hilfe verjüngert werden.“

Der Rechtsturs der mittelschlesischen SPD.-Führer und die „linken“ Schaumschläger

Wir haben in der Sonnabendnummer unserer Zeitung den Rechtsturs beleuchtet, der auf der Tagung des SPD.-Bezirksvorstandes gesteuert wurde, und über den die „Volkswacht“ so gar nichts zu berichten wußte. Sie hat dafür allerdings auch die „linken“ Schaumschläger von GdSinn und Schramm unterschlagen. Wahrscheinlich ahnten die Herren in der „Volkswacht“ bereits die Stellungnahme der Reichstagsfraktion, die eine Kapitulation vor Brüning darstellt. Wir aber wollen sie deshalb der Vergessenheit entreißen.

So konnte der „linke“ Herr GdSinn, der noch im „Klassenkampf“ vor kurzem für eine besonders „radikale“ Beseitigung der Kommunisten eintrat, indem er sich für die Einführung des englischen Wahlrechts in Deutschland begeisterte, wie folgt den Revolutionär verkörpern:

„Außerhalb der demokratischen Möglichkeiten wird dann vielleicht der Arbeiterschaft ein Kampf auf Leben und Tod aufgezwungen. Jetzt ist dieser Kampf noch aussichtsreicher als später.“

Und vom „linken“ Schramm, dem Einseitiger der Lohnabbauoffensive für die Breslauer städtischen Arbeiter, kann der Bericht folgendes vermerken:

„Genosse Schramm lehnte es ab, mit Teilen des Bürgerturns zu arbeiten, und forderte Rückkehr zur Parole Marx: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr Werk sein. Die Entscheidung über unseren künftigen Weg ist schon gefallen. Die Funktionäre wollen keine Kompromisse mehr. Es gibt für uns nur zwei Parteien, die zum Sozialismus führende und die kapitalistische. Verneinen wir heute die klare Linie, dann haben wir 12 Jahre umsonst getämpft.“

Die „linken“ Eskalierer haben Lehmanns Referat verstanden. Sie sind absolut mit ihm einverstanden. Aber sie müssen gerade deshalb ihre „linke“ Rolle noch weiter spielen, um dadurch das völlige Hinüberweichen der gesamten Führerschaft ins Lager des Faschismus zu erleichtern. In ähnlicher Weise betätigt sich auch der ewig lächelnde Paul Röbe, der — auch das ist gewiß kein Zufall gewesen — an der Tagung gar nicht teilnahm. Er orakelt in Beiträgen über die kommende Regierungspolitik, wobei er in der Hauptsache sich als

Zahlenjongleur betätigt, um dahinter besser seine Sehnsucht nach Brüning zu verdecken, die er vor der Wahl so offen zur Schau trug.

Und nun die Resolution selbst. Sie ist durchaus angepaßt dem Verkauf. Sie labiert zwischen rechts und „links“ mit sehr wenig Talent hindurch, um ein Endergebnis im Grunde genommen nicht zu sagen. So heißt es darin:

„Die Sozialdemokratie hat keine Veranlassung, wegen des Wahlausganges bedrückt zu sein. Sie ist aber verpflichtet, um ihrer Selbsterhaltung und der schwerwiegenden Entscheidungen willen, die bevorstehen, aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Diese bestehen vor allem in der Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie dem entscheidungsvollen Kampf der nächsten Zeit durch keinerlei Kompromisspolitik ausweichen darf, sondern daß sie unter dem Banner des Sozialismus ihre großen und grundsätzlichen Gegensätze zum bestehenden System mit aller Schärfe herausarbeiten muß.“

Ein „linker“ Vorberath wird durch einen rechten Nachsatz „revidiert“, und so versteht man, wenn die Herrschaften es nicht als Widerspruch empfinden, daß die SPD. dem Entscheidungskampf durch keinerlei Kompromisspolitik ausweichen darf, daß aber trotzdem die Entschliessung der Reichstagsfraktion freistellt, was sie im einzelnen tun soll.“

„Über zur Abwechslung kommt hier ein „linker“ Nachsatz: „Sie (die Bezirkskonferenz) hält es aber für ihre Pflicht, mit aller Entschiedenheit zu erklären, daß sie nicht nur keine Möglichkeit (!) für eine Teilnahme an der Regierung sieht, sondern daß sie ebenso dringend vor einer solchen Beteiligung abrä, wie vor einer sogenannten wohlwollenden Opposition.“

Wie dieser „linke“ Phrasenschwall gemeint war, nun, das hat sich inzwischen erwiesen. Die Reichstagsfraktion hat getagt; der Beschluß haben wir in der gestrigen Nummer fröhlich beleuchtet. Er ist gekennzeichnet durch den Jubel der Geldjadepresse. Die „Volkswacht“ aber findet das ganz in der Ordnung, und der „linke“ Herr Kronold bringt bereits am Sonnabend einen begeisterten Artikel über diesen Anfall. Die Entlarvung des Betrugs auf dem Bezirksparteitag wird in diesem Artikel so gründlich wie nur möglich vorgenommen. Wir werden uns morgen eingehend mit ihm beschäftigen, da uns der Raummangel heute daran hindert.

SPD.-Vorstand wird Leiter einer neuen SPD.-Ortsgruppe

Im Kreise Schweidnitz wurden nach dem 14. September vier neue Ortsgruppen der Partei gegründet. Die letzte Gründung erfolgte am Sonnabend vergangener Woche in Stepanitz, wo zum Vorsitzenden der jungen Ortsgruppe der Kommunistischen Partei der Vorsitzende des zerfallenden SPD.-Vorstandes gewählt wurde.

„Ein Programm der Ausplünderung von Millionen“

Zum Diktaturprogramm der Brüning-Regierung schrieb das Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die „Pravda“, unter anderem:

Die Brüning-Regierung hat endlich ihr Finanzprogramm veröffentlicht. Der Vertrauensmann des deutschen Trustkapitals, der die Diktatur der Bourgeoisie durchführt, ist in erster Linie bestrebt, für die Trusts und für die größten kapitalistischen Vereinigungen noch höhere Profitraten zu sichern. Das Trustkapital ist nicht bereit, den Reichshaushalt auf eigene Kosten ins Gleichgewicht zu bringen. Die Brüning-Regierung ist bestrebt, die Lage der „produktiven Schichten“ in jeder Weise zu erleichtern. Unter letzteren versteht die Brüning-Regierung nicht die Millionenmassen, die unter der Raubpolitik der Bourgeoisie leiden, sondern die Kapitalisten, Agrarier usw. Die Brüning-Regierung verkündet offen, daß das Trustkapital auch in der Zukunft beabsichtigt, die ganze Schwere der Steuerbelastung auf die Schultern der Millionenmassen zubürden, die Not und die Hungerblöcke zu verschärfen und die Lebenshaltung der Massen in jeder Hinsicht zu verschlechtern.

Dieses Programm ist ein Programm der Ausplünderung der Millionen der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten, der Handwerker und der armen Dorfbewohner. Nicht umsonst ist die gesamte bürgerliche Presse im allgemeinen bereit, das Regierungsprogramm zu unterstützen.

Der Veröffentlichung des Finanzprogramms ging eine eindringliche Warnung an die Adresse des neuen Reichstags voraus. Der Artikel 48 der Reichsverfassung gebe der Regierung die Möglichkeit, die Meinung des Reichstages außer acht zu lassen. Das muß aufgefaßt werden als eine Drohung, das Programm der Ausplünderung von Millionen auf diktatorischem Wege ausgeführt zu werden. Die deutschen Werte haben auf der internationalen Börse eine wesentliche Erschütterung erfahren. Die deutsche Wirtschaftskrise — ein Produkt der Weltkrise — fügt allen Schicksalstrüben der deutschen Wirtschaft grausame Schläge zu. Das deutsche Trustkapital geht auf einen Raubzug aus auf Kosten der Millionenmassen. Durch den doppelten Druck des einheimischen (Finanzprogramm Brüning) und des ausländischen (Young-Plan) Kapitals verurteilt die deutsche Bourgeoisie Millionen zu weiterer Not und weiteren Entbehrungen.

Der Weg der Brüning-Regierung ist der Weg des Trustkapitals, der Faschisten und der dienstfertigen Sozialdemokraten. Unsere deutsche Bruderpartei mobilisiert die Massen zum politischen Massenstreik gegen das Raubprogramm des Trustkapitals, gegen National- und Sozialfaschismus, für den Sturz des bürgerlichen Systems, für die proletarische Diktatur!

SPD.-Verleumder als Zeugen im Racheprozess

Leipzig, 6. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) In der heutigen Verhandlung des Racheprozesses gegen die kommunistischen Jungarbeiter sagt als erster der Wachmeister Heintze aus. Heintze war der Bereitschaft am Neuen Theater zugeteilt worden. Er bezeugt, daß die Demonstranten ruhig waren und daß er nur einen einzigen Vorfall beobachtet hat, wo zwischen einem Wachmeister und einem Demonstranten Differenzen entstanden waren.

Als nächster Zeuge wird der Oberwachmeister Kolbe vernommen. Er hatte am Grimmaischen Steinweg Dienst. „An der Suchhandlung Tisch gab Hauptmann Galle Befehl, in Front aufzustellen zu nehmen und den Revolver zu ziehen. Eine Veranlassung, die Schußwaffe zu gebrauchen, lag jedoch nicht vor. Die Folge war eine große Erregung der Demonstranten. Dort wurde ich dann, über die Köpfe (!) der Demonstranten hinweg mit Stöcken geschlagen. Darauf habe ich geschossen und es erscholl der Ruf: „Das Schwein hat geschossen, ihm bringen wir's bei!“ Ich bekam dann Prügel.“ Der Zeuge ist heute noch nicht dienstfähig.

Ein Polizeizeuge sagt: „Als ich einen Schlag bekam von einem Demonstranten, bemüht ich sofort die Ordner um mich. Meberhaupt waren die Ordner äußerst bemüht, einen Zusammenstoß zu verhindern.“

Auch die Polizeibeamten Raumann, Sachse und Moencke bezeugen, daß sie ohne jede Belästigung durch die Ordnerseite der Arbeiter gelassen wurden. Alle diese Zeugen haben nur zwei bis drei Schüsse gehört, während die Verteidigung nachweisen wird, daß an die 14 Schüsse abgegeben wurden.

Der nächste Zeuge, Dr. Apitzsch, Redakteur der „Neuen Leipziger Zeitung“ schilderte: „Ich befand mich in der Nähe des „Landstrehens“. Ein Teil Leute, die dem Auto nachgeköhrt waren, kamen vom Johannesplatz wieder zurück. Ich hörte Schüsse und sah einen Demonstranten zusammenbrechen, und nicht weit davon fiel ein Beamter, die beide nach dem Lokal „Landstrehen“ getragen wurden. In ziemlicher Entfernung standen die Polizeibeamten in der Linie mit gezogenem Revolver. Ich bin der Meinung, daß die Erregung der Demonstranten nur dadurch kam, weil dort überhaupt Autos verkehren durften.“

Die Nachmittagsverhandlung begann mit einem scharfen Protest der angeklagten Jugendgenossen gegen die Polizeischüsse, denen sie ausgesetzt sind. Der Genosse Eier wurde daraufhin durch Polizeibeamte aus dem Saal gebracht.

Als nächster Zeuge sagte der Polizeiwachmeister Meißner II aus, daß er neben dem Hauptmann Galle gestanden habe und den Eindruck hatte, daß die Ordnerseite die Demonstranten zurückdrängte. Er zog mit den anderen Beamten den Revolver, schöß einmal und wurde dann von den Demonstranten umringt und geschlagen.

Der Sozialdemokrat Erich Schilling tritt nunmehr als Zeuge auf und entwirft eine ungläubliche Heße gegen die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“. Er sagt: „Am liebsten möchte ich die Anklage verweigern, denn man hat mir durch meine Schwester gesagt, daß man mich, wenn ich Aussagen machen würde, um die Ecke bringen würde.“

Die Angeklagten antworten auf diese Schuftigkeit eines Verleumders mit einem Pfst. Dieser sozialdemokratische Zeuge Schilling gibt an, daß die Polizei sich an den Ostertagen sehr loyal (siehe oben, die Red.) verhalten habe, dagegen sei die Polizei von den Demonstranten mit Steinen beworfen und bedrängt worden. Dann sagt er weiter, daß er auf dem Augustusplatz in der Nähe des Rends-Brunnens einen Schuß gehört habe, der nur von den Demonstranten stammen konnte (?). Der erste Zeuge, der eine so halboffene und blöde Behauptung aufstellt. Rechtsanwalt Hofmann stellt dem Zeugen einige Fragen, worauf er versucht, durch allerhand hysterisches Geschrei der Antwort aus dem Wege zu gehen.

Hitler stellt sich der Young-Diktatur zur Verfügung

Hitlers Besprechungen mit Brüning — Neue Verhandlungen in den nächsten Tagen — Kurs des Zentrums auf faschistische Diktatur mit der NSDAP.

Berlin, 6. Oktober. (Eig. Bericht.)

Die Verhandlungen zwischen Brüning und Hitler über die Durchführung des Wirtschafts- und Finanzprogramms, werden in den nächsten Tagen fortgesetzt. Die NSDAP. fordert als Preis der Mitarbeit bei der Young-Ausplünderung: Auflösung des Preussischen Landtages und Sprengung der Kreuzenkoalition, Besetzung des Reichsstaatsministeriums und des Reichswehrministeriums.

Gegen das Raubprogramm der Brüning-Regierung hat die nationalsozialistische Delegation nichts einzuwenden. Was Hitler fordert, sind allein Ministerposten. Auch in bezug auf die Außenpolitik vertritt Hitler ständig seine absolute Erfüllungspolitik.

In der „Berliner Börsen-Zeitung“ veröffentlicht ein ungenannt bleibender „Zentrumspolitiker“ am Sonntag einen Leitartikel „Nationalsozialismus und Katholizismus“, der der Vorbereitung einer offenen Regierungskoalition zwischen Zentrum und NSDAP. dient. Dieser „Zentrumspolitiker“ bezieht sich dabei auf eine Auslassung des bischöflichen Ordinariats in Berlin, in der ganz offen diese Koalition empfohlen wird. Der von der SPD.-Regierung eingesetzte Bischof Berlins preist

den Faschismus, um dann auszurufen: „Laßt uns nur beten um die Gnade, daß die rechten Führer aufstehen.“ Brüning betet nicht um den „rechten Führer“, sondern führt mit Hitler, dem von der NSDAP. als kommenden Diktator Gewählten, bereits die Verhandlungen um die Schaffung einer Faschistenregierung durch.

Der „Abend“ vom 6. Oktober tut entsetzt, weil der parlamentarische Brauch, daß die Regierung nur mit den Abgeordneten zu verhandeln hat, durchbrochen wurde. Es paßt der „Vorwärts“-Redaktion nicht, daß die Tatsache, daß die Politik Brünings und des Zentrums eine faschistische Politik ist, selbst durch noch so freche „Vorwärts“-Lügen nicht mehr zu verdecken ist.

Der „Abend“ schreibt: Die Kommunistische Reichstagsfraktion ist zu einer Besprechung mit dem Reichstagsrat nicht eingeladen worden.

Das ist von Bedeutung, allerdings in anderem Sinne, als die SPD. darstellen möchte. Es ist deshalb wichtig festzustellen, weil es beweist, daß die Kommunistische Partei die einzige Partei der Gegnerschaft zu dem Brüning'schen Ausplünderungsprogramm ist, daß die Kommunistische Partei der einzige ernsthafte Gegner des Faschismus ist.

Streit, die Antwort auf Lohnabbau!

Unter Führung der AGD. gegen Ausbeuter und Gewerkschaftsbürokratie

Kassel, 6. Oktober. Die Belegschaft der Firma Fröhlich & Wolf in Hessisch-Lichtenau ist heute morgen geschlossen in den Streit getreten, und zwar weil die Firma beabsichtigte, einen 20 prozentigen Lohnabbau durchzuführen. Der rote Betriebsrat hat heute morgen der Firma erklärt, daß die Belegschaft den Lohnabbau nicht akzeptiere. Daraufhin hat die Direktion den roten Betriebsrat fristlos entlassen. Die gesamte Belegschaft stellte sich geschlossen hinter den roten Betriebsrat und legte die Arbeit nieder. Um 12 Uhr mittags war Streikversammlung. Der Vertreter des Textilarbeiterverbandes forderte zum offenen Streikbruch auf. Die Streikenden wandten sich in heftiger Empörung gegen den Sozialfaschisten, und es fehlte nicht viel, dann hätte er eine gehörige Tracht Prügel bekommen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben als Antwort auf den Lohnabbau folgende Forderungen aufgestellt:

1. Wiedereinstellung des gesamten Betriebsrats.
2. 20 prozentige Lohnerhöhung.

Die Belegschaft ist entschlossen, unter Führung der AGD. den Kampf für diese Forderungen durchzuführen.

Eisenbahner im Kampf

Wie die „Neue Zeitung“ aus München berichtet, haben 30 Eisenbahnarbeiter der Bahnmeisterei Pasing geschlossen die Arbeit niedergelegt. Das Betriebsamt München hatte angeordnet, daß diesen Eisenbahnern, die vor drei Wochen mit 74 Pf. Stundenlohn eingestellt wurden, diesen vertraglich festgelegten Lohn willkürlich um 3 Pf. die Stunde zu kürzen.

Köln, 6. Oktober. Die über 250 Mann starke Belegschaft der Bergelius-Hütte in Bergisch-Gladbach ist als Antwort auf einen 10- bis 15prozentigen Lohnraub in den Streit getreten. Die Unternehmer haben den Streikbeschluss mit der Entlassung der ganzen Belegschaft beantwortet und suchen nun durch die Zentrumspreise Streikbrecher. Zugleich wurde Polizei zum Schutze des Betriebes angefordert.

55 000 Bergarbeiter sollen der Rationalisierung geopfert werden

Die neue kapitalistische Rationalisierungsmaßnahme, die von der „Bergwerkszeitung“ angekündigt wird, soll ein Ausmaß annehmen, das alle bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen in den Schatten stellt.

Die „Weltwirtschaftliche Korrespondenz“ Nr. 40 vom 3. Oktober, die von dem Sozialfaschisten Köstling geleitet wird, sieht sich jetzt gezwungen, darauf hinzuweisen, daß durch die Stilllegung der Grenzschen und die verschärfte Ausbeutung in den Znegechen eine neue Welle von Arbeitslosigkeit in den Ruhrbergbau hereinbricht. Diese Hungerwelle wird die Brotlosmachung von weiteren 55 000 Ruhrbergarbeitern bedeuten. Der Stand der Belegschaftsziffer soll auf 270 000 herabsinken gegenüber 426 000 im Jahre 1913.

Verschwörerzusammenkunft Hitler und Starhemberg

Am 11. Oktober geheime Besprechung der deutschen und der österreichischen Faschisten

Wie wir aus durchsichiger Quelle erfahren, findet am 11. Oktober in München eine geheime Besprechung zwischen Hitler und dem faschistischen Innenminister Österreichs Fürst Starhemberg statt, bei der ein gemeinsames Vorgehen der deutschen und der österreichischen Faschisten bei der Errichtung und Festigung ihrer Diktatur festgelegt werden soll.

Der österreichische Einfluß auf die deutsche Entwicklung zum Faschismus zeigt sich vor allen Dingen auch darin, daß die österreichischen Katholiken sehr deutlich auf das deutsche Zentrum in der Richtung des Zusammengehens mit den Faschisten einwirken. In der „Berliner Börsenzeitung“ bezieht sich der obengenannte „Zentrumspolitiker“ ganz besonders auf die Äußerung des früheren österreichischen Bundeskanzlers und jetzigen Außenministers Prälaten Seipel:

„Die alten Parteien in Deutschland sollten jetzt versuchen, wirklich zu beweisen, daß sie demokratisch sind und sich vor dem Volkswillen beugen... Es sollte deshalb für andere Parteien möglich sein, mit ihr (der NSDAP.) zusammenzugehen.“

SPD.-Arbeiter, das ist eure „Internationale“!

Das Organ der dänischen Sozialdemokratie schreibt zum Geburtstag des dänischen Königs: „Ohne Liebedienerei gegenüber einer Institution, die wir für veraltet halten, aber mit allem Respekt vor dem Amte des ersten Beamten des Landes, wünschen auch wir dem Menschen Christian X. Glück und hoffen auf weitere gute Zusammenarbeit, — auch zur Durchführung des Sozialismus.“

Durchführung des Sozialismus“ mit Hilfe des Königs, — ein Rezept, das selbst die Koalitionstheorie Kautskys und die Anbetung des neugeborenen Prinzenbabys durch die Labour-Party in den Schatten stellt.

In dem braunschweigischen Regierungsprogramm der Nationalsozialisten ist, sicher um die Koalition mit dem Zentrum im Reich zu erleichtern, ganz besonders betont, daß die NSDAP. „den Standpunkt eines positiven Christentums“ vertritt.

Diese Tatsachen zeigen, daß der Kampf gegen den Faschismus nicht auf einen Kampf gegen die NSDAP. beschränkt werden kann. Er muß sich gegen die gesamte bürgerliche Front ebenso wie gegen die sozialdemokratischen Führer richten, die noch immer das Märchen vom „republikanischen“ Zentrum und von der liberalen Volkspartei verbreiten und auch damit bewußt der faschistischen Diktatur den Weg ebnen.

„Die SPD. der stärkste Wall des kapitalistischen Staates gegen den Kommunismus“

Im „Berliner Tageblatt“ vom Sonntag, den 5. Oktober, nimmt Theodor Wolf zur gegenwärtigen politischen Lage Stellung und wertet die Entscheidung der SPD.-Reichstagsfraktion für die Bourgeoisie aus. Er zollt dabei der SPD. ein erhebliches Lob und schreibt u. a. an die Adresse der Bourgeoisie:

„Trotz Offiziersgarden und Sturmtruppen würde nicht der Nationalsozialismus der Gewinner der neuen Revolution sein, ihr, wie alles übrige, würde sehr schnell die kommunistische Flut verschlingen. Die Sozialdemokratie ist gemeinsam mit dem Zentrum der stärkste Wall des Staates gegenüber den Staatsfeinden, aber auch der Deich zwischen dem Bürgertum und dem Kommunismus — nur die Narren möchten den Deich abtragen, der sie schützt.“

Dieses Bekenntnis einer schönen Seele ist immerhin wichtig genug, registriert zu werden, weil es zugleich die der Sozialdemokratie zugehörte Rolle, die sie freiwillig übernommen hat, charakterisiert und der Arbeiterchaft zeigt, welchen Weg sie zur Zerstörung dieses Walles einzuschlagen hat. Stärkung der SPD., weiteste Verbreitung der kommunistischen Presse, revolutionäre Einheitsfront im Betrieb, auf der Stempelstele, Organisierung des Lohnkampfes unter Führung der AGD, revolutionäre Massenaktionen gegen Steuerraub, faschistische Finanzdiktatur, die Hungerpolitik, das sind die wesentlichen Kampf vorbereitungen zum Sturz der Bourgeoisie.

Der Völkerbund im Schatten der Krise

„Friedens“bund finanziert Rüstungen gegen Sowjetunion — Panuropa im Ausschub begraben — Nur der Kommunismus bringt nationale Befreiung

Nach einer der üblichen phrasenhaften Friedensreden von Lord Robert Cecil wurde am 4. Oktober die erste Tagung des Völkerbundes mit einer Schlussanfrage des diesmaligen Präsidenten Titulescu geschlossen. Titulescu betonte, daß der Hauptzweck der diesjährigen Tagung das Bestreben gewesen sei, nüchtern und sachlich aus dem Bereich der allgemeinen Ideen auf den Boden praktischer Arbeit zu gelangen.

Diese Ausführungen bestätigten, daß der Völkerbund in seiner nunmehr abgeschlossenen Tagung nüchterne Beschlüsse zu seiner Hauptaufgabe, der Organisierung des Krieges gegen die Sowjetunion, gefaßt hat.

Die diesjährige Völkerbundstagung stand vollkommen unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise, unter deren Stachel alle imperialistischen Gegensätze sich verschärfen und kriegerische Verwicklungen in den Vordergrund treten. Bei jeder, auch der kleinsten Frage, klappte eine unüberbrückbare Kluft zwischen den kapitalistischen Mächten.

In den ersten Tagen des September schleppten sich die Verhandlungen langwierig und öde dahin. Die Blide aller Delegierten waren nach Deutschland gerichtet, wo der Wahlkampf tobte, dessen Ausgang von den Vertretern aller Staaten mit der größten Spannung erwartet wurde.

Nach den Reichstagswahlen war die Verwirrung unter den Delegierten nicht zu vertuschen. In allen Ländern schlug als Auswirkung der deutschen Wahlergebnisse eine Welle des Faschismus und Chauvinismus hoch. Imperialistische Gruppierungen lodern sich. Neue Kombinationen entstehen. Die Genfer Verhandlungen traten in den Hintergrund, weil die neuen Konstellationen noch nicht so gefestigt sind, um auf Genfer Boden neue Ränke schmieden zu können.

Doch hat die Genfer Tagung einige Ergebnisse gezeitigt, die für das internationale Proletariat von größtem Interesse sind.

Durch die 11. Völkerbundstagung wurde ein seit langem bestehender Zustand offiziell sanktioniert: Die Finanzierung der Kriegsvorbereitungen der kleineren Staaten durch den Völkerbund. Ein auf finnische (!) Initiative zustandgekommener Entwurf wurde angenommen, wonach „bedrohte“ Staaten durch den Völkerbund finanziell unterstützt werden. Die Nutznießer dieses Beschlusses sind in erster Linie die Länder Ost- und Südosteuropas, die sich, wie ja bekannt, durch die Existenz der Sowjetunion dauernd „bedroht“ fühlen.

Die deutsche, italienische und japanische Delegation hatten aus Konkurrenzgründen beantragt, die finanzielle Hilfe nur zu gewähren, wenn bereits ein Angriff erfolgt sei. Doch zogen sie später ihren Antrag zurück, so daß vom diesjährigen „Instrument des Friedens“ heute schon Milliardenbeträge in die Kassen der kriegführenden Mandatstaaten fließen, die in Kanonen und Giftgasen gegen das werktätige Volk der Sowjetunion angelegt werden!

Die Panuropa-Konferenz, die neben der Völkerbundversammlung tagen sollte, löste sich nach 2½ Stunden auf, nachdem sie Briand's Bericht entgegengenommen hatte. Panuropa, das Projekt einer engeren Zusammenarbeit der europäischen Staaten mit einer deutschen Spitze gegen die Sowjetunion, dieser gut ausgebaute Plan einer Befestigung der Vorherrschaft des französischen Imperialismus in Europa, scheiterte. Nur die französischen Vasallenstaaten stimmten unter Vorbehalt zu. Mit besonderer Schärfe wandte sich England, der größte europäische Rivale Frankreichs, gegen das Projekt. Briand's Vorstoß ist gescheitert. Sein stolzes Projekt verschwindet in einer Studienkommission für die europäische Einigung. Sein Mißerfolg wird ihm den Hals kosten. Nachdem die deutschen Wahlergebnisse zur Aufpeitschung aller chauvinistischen Leidenschaften ausgenutzt worden sind, steht in Frankreich noch eine aggressive Außenpolitik auf der Tagesordnung.

Antisowjetische — das war härter als je die Beileitungs zur Genfer Tagung. Eine Reihe von kleineren Be-

schlüssen enthalten eine deutliche Spitze gegen den allgemeinen Feind aller imperialistischen Staaten. Der Wirtschaftskrieg zur Stärkung des sozialistischen Aufbaues, den das Dollarkapital eingeleitet hat, fand in Genf sein Echo. Der französische Handelsminister Flanin, der Inspirator der sowjetfeindlichen Agrarkonferenzen der Balkanländer und der Mandatstaaten, ergriff die Initiative.

Ein imperialistischer Europablock gegen den sowjetrussischen Export, dahin geht der Wunsch des französischen Kapitals. Gemeinsame Beschlüsse gegen die „Schmutzkonturrenz“ der Sowjetunion wurden angesichts der bevorstehenden Gegenläufe noch nicht gefaßt — es gibt immerhin noch zahlreiche Interessengruppen, denen an den Aufträgen aus der Sowjetunion viel gelegen ist. Aber die neue Hege durchdringt bereits alle Länder, insbesondere den unter der Agrarkrise leidenden Kleinbauern wird die noch nicht 2 Prozent des Welthandels betragende sowjetrussische Ausfuhr als Schreckgespenst an die Wand gestellt, das den Wohlstand der kleinen Händler frßt.

Bei der Behandlung des Schutzes der nationalen Minoritäten zeigte sich die ganze Unfähigkeit der kapitalistischen Staaten, die nationale Frage zu lösen. Der Schweizer

Delegierte schlug eine sehr harmlose Resolution vor, in der lediglich die Achtung vor der Religion, der Sprache und Kultur der unmerklich etwa 60 Millionen umfassenen nationalen Minderheiten Europas vorgeschlagen wird. Und schon erhitzen sich die Gemüter. Polen, das gegenwärtig in Ostgalizien die Ukrainer mit Methoden unterdrückt, die nach bürgerlichen Maßstäben die blutigsten Jarengreuel in den Schatten stellen, Italien, dessen Erschließung der slowenischen Freiheitskämpfer Protestkürme in der ganzen Welt ausgelöst hat, Rumänien, dessen Pogrome gegen die bessarabische Bauernschaft berüchtigt sind, kurzum alle Staaten ließen Sturm, verteidigten mit schönen Redensarten ihr „Recht“ der Anechtung von Millionen Menschen fremder Nationalität. Moralisch entrüstet stellten sich nur Vertreter solcher Länder, die irgendwie „verhindert“ sind, nationale Minderheiten zu unterjochen.

Gerade in den Tagen, wo nach langer Debatte eine nichtsagende Entschlebung zu dieser Frage angenommen wurde, verschärfte sich die Bitterkeit der Schredensregime, wuchsen sich die Freiheitskämpfe der sozial und national unterdrückten Ukrainer in Ostgalizien bis zu einem kriegsähnlichen Zustande aus, häuften sich die Klagen aller nationalen Minderheiten Europas über den unerträglichen Druck.

Friedlich und freundschaftlich ist dagegen das Zusammenarbeiten und Zusammenleben der unzähligen in der Sowjetunion vereinigten Völkerschaften, deren jede ihre Eigenart bewahren kann!

Fürwahr, deutlicher als durch die Völkerbundberatungen kann nicht demonstriert werden, daß nur der Kommunismus im Sinne der in der Programmklärung der KPD, zur nationalen und sozialen Befreiung entwickelten Linie die nationale Frage lösen kann.

Pilsudskis Wüten in Ostgalizien

Barbarische Strafmaßnahmen gegen die gesamte werktätige Bevölkerung

Warschau, 6. Oktober.

Die tschakischen Strafexpeditionen in Ostgalizien der West-Ukraine haufen wie Banden. Täglich laufen Nachrichten über Massenmordaktionen, über der Bauernschaft auferlegte Kontributionen, über Verhaftungen, Massenhaftungen und Vernichtung ukrainischer Bildungs- und Wirtschaftsorganisationen ein. Es wütet ein ganzes System außerordentlicher Repressalien.

Sogar die kurzen Nachrichten der ukrainischen bürgerlichen Presse spiegeln ein fürchterliches Bild wieder.

Das Organ der ukrainischen Radikalen, „Hromadski Golos“, schildert die fürchterliche Bestrafung ausländischer Bauern durch eine im Kreise Larnowo nach Kurshinsky gesandte Strafexpedition. Die Expedition, bestehend aus 100 Polizisten, erschien im Dorf zweimal, am 22. und 25. September. Bei allen Bauern fanden Hausdurchsuchungen statt, wobei viele grausam getötet und die aktivsten Bauern schweren Mißhandlungen unterworfen wurden.

In der Westukraine fanden im September allein 28 Prozesse wegen Zugehörigkeit zur K.P. und Beteiligung an Straßen-

demonstrationen statt. Am 1. Oktober begann in Brzeczany ein Prozeß gegen 82 ukrainische Bauern des Landbezirks Bomatyski, die der Widersehligkeit gegen die polnischen Behörden angeklagt sind.

Im Oktober findet vor dem Gerichtshof von Kowel ein Prozeß gegen 140 ukrainische Arbeiter und Bauern statt, die der Zugehörigkeit zur K.P. der Westukraine angeklagt sind. Der Prozeß wird drei Wochen dauern.

Die Krise in Belgien

Brüssel, 6. Oktober. Die Krise in Belgien verschärft sich mehr jedem Tage. Die Zahl der Arbeitslosen wächst ständig. Die amtliche Statistik führt für den Monat September etwa 80 000 Arbeitslose und Kurzarbeiter an, umfaßt aber nur die gewerkschaftlich organisierten, die der Reichsarbeitslosigkeitskasse angeschlossen sind und nur 600 000 von mehr als 1 200 000 Arbeitern umfassen. Die Zahl der Arbeitslosen wird also etwa 250 000 betragen.

Die K.P. Belgiens organisiert eine Kampagne mit den Losungen: Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeiter, Arbeitslosenunterstützung bis zum Erhalt vollständigen Lohnes.

Auch gegen die Herabsetzung der Löhne um 4 Prozent in den Kohlengruben führen die Kommunisten einen energischen Kampf.

Kurze Auslandsnachrichten

In Buenos Aires (Argentinien) ist der Belagerungszustand auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

In Portugal wurden zahlreiche Personen wegen angeblicher Vorbereitung eines Aufstandes verhaftet.

Aus Habana (Kuba) werden Massenverhaftungen revolutionärer Arbeiter und Studenten gemeldet.



(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

7. Fortsetzung.

„Wir schwenken dort ein, wo unser Redner spricht!“ sagte der und streckte den kurzen, dicken Arm nach der Richtung hin. „Laß, Köbber, wir hören uns lieber die anderen an!“

„Wir haben heute an einem Strang zu ziehen!“ rief Trauten befehlend.

„Dann hältst du nicht lange mit, Kumpel!“

„Blödsinn!“ Trauten war empört.

Der Zug folgte Franz Kreuzat, zu Trautens Aerger, nach einer Stelle hin, wo von einem Lastkraftwagen aus eine helle, lebendige Stimme erscholl. Ohne Kopfbedeckung, der ganze Körper in lebhafter Bewegung, klein, doch kraftvoll, so stand und sprach der Spartakusredner von dem Wagen in die Masse hinein: „Man hat uns genug betrogen, Genossen! Denkt an den Arbeitermord in Berlin, in München, überall! Mit Maschinengewehren hat man euer Vertrauen gelohnt! Mit Handgranaten haben eure Forderungen auf Einführung der Sechsstundenschicht erwidert! In nichts unterscheidet sich die Ebert-Moste- von der jetzigen Kapp-Mittler-Regierung! Nur die Machtübernahme durch euch, das Proletariat, sichert den Sozialismus!“

Im aufbrausenden Tumult erklangen die Worte der anderen Sprecher. Donnernde Bravo-Rufe. Die Masse küßte sich, wandte ihre Aufmerksamkeit dem jungen Redner zu. „Wer glaubt, daß sich die kapitalistischen Herren durch einen Streik abschrecken lassen? Wir fordern sofortige Entwaffnung der arbeitseindlichen Reichswehr und Polizei, Bewaffnung der Arbeiter!“

„Bravo!“ „Waffen!“ Trauten schüttelte den Kopf. „Mensch, wie unvorsichtig! Wofür die Hege? Mit dem Generalstreik schaffen wir's bestimmt! Die Polizei ist doch vereidigt!“

„Was es die Reichswehr nicht?“ fuhr ihn ein Arbeiter an.

„Wir haben hier nur mit der Polizei zu rechnen und die steht auf unserer Seite!“ verteidigte sich Trauten.

Rings um den Wag herum zog sich ein Ring mit Gewehren ausgerüsteter Polizisten.

„Siehste sie!“ Der Arbeiter wies nach den Polizisten hin. „Wenn sie zu uns stehen, wofür tragen sie dann Gewehre?“

„Sie müssen für Ordnung sorgen!“

Die Arbeiter wandten sich Trauten zu. Ein kleiner Kreis Neugieriger umschloß ihn.

„Was brauchen wir die zu unserer Ordnung?“

„Der Dick schwätzt!“

„Du bist auch weder kalt noch warm!“

„n Lauen!“

„Verdumste, Kollege, geh' bei die Grünen, laß dir die Presse vollhauen!“

Trauten zwängte sich durch den murrenden Kreis hindurch. Er suchte Franz und fand nach einigem Platzüberqueren den Raup, der auch nach Franz suchte.

„Na, Zafob?“

„Man soll solche Heißsporne nicht reden lassen, wie den dort!“ Trauten zeigte zurück nach dem Wagen, wo der Spartakusredner immer noch sprach.

„Warum denn?“

„Der fordert Bewaffnung der Arbeiter! Ein Unsinn sondersgleich! Wofür haben wir den Generalstreik?“

„Der genügt nicht, die Polizei schwant noch!“

„Blödsinn, sie steht zu unserer Regierung!“

Raup kam vom Parteibüro her. Dort hatte er erfahren, daß die Offiziere der Polizei sich mit der Kapp-Mittler-Regierung verständigt hätten. Es waren ernste Zusammenstöße zu befürchten.

„Die Grünen sind uns nicht gut gesinnt! Du wirst noch Wunder erleben!“ sagte Raup.

Trauten wehrte sich hartnäckig gegen dieses Mißtrauen. Für ihn war die Polizei auf die Verfassung vereidigt und er ließ es sich nicht ausreden.

Die Redner hatten zu sprechen aufgehört. Die auseinandergerissenen Züge formierten sich wieder. Es bildete sich eine unabschließbare Demonstration. Die Grünen waren auf einmal los-

geschwunden. Raup, der Franz bei den Stoppenbergern gefunden hatte, winkte einem Mann, der auf dem Platz stand und die aufmarschierenden Züge mit den Augen abschufte.

„Se, hallo Willi! Mahler hierher!“

Der Herrseune wandte sich um und bemerkte den winterlichen Raup. Er kam näher. Ein mittelgroßer Körper, mit kräftigen Schultern. Ein rundes, doch ein wenig blaßes Gesicht mit gestrigtem Schnurbart. Es war der Vertrauensmann der Unabhängigen der Ortsgruppe.

Er machte ein gekränktes Gesicht. „Was macht Ihr denn? Ohne mir was zu sagen, haut ihr eigene Faust los!“

„Wir können nicht warten, bis du da bist! Freu dich doch, daß wir auch ohne dich fertig werden!“

Mahler wußte, daß hinter dem Ganzen Zupp Zermad steckte. „Der Zupp muß sich ein wenig nach der Ortsgruppe richten!“ sagte er.

Raup wurde ärgerlich. „Was hast du gegen den? Er macht's doch richtig! Wo seid ihr denn am ersten Tage gewesen, als euch die Belegschaft brauchte?“

„Frag nicht so dumm!“ Mahler wurde grob. Er hatte sich damals nicht entschließen können, zu der Belegschaftsversammlung zu sprechen. Der Betriebsrat hatte geknickt.

Franz Kreuzat konnte den großen Kerl nicht leiden. Er fühlte sich verpflichtet, Zupp Zermad zu verteidigen: „Zupp hat sich von der ersten Stunde an darum gekümmert!“

Mahler sah ihn geringschäßig an. „Du auch schon?“

Franzens Gesicht übergoß sich blutrot. Er wandte sich gekränkt ab. Auch Raup gefiel das anmaßende Wesen des Vertrauensmannes nicht.

„Du scheinst einen gesoffen zu haben!“ sagte er scharf. Er beachtete ihn nicht weiter.

Der Demonstrationzug schob sich rückwärts vorwärts. Schreiend winkten die Ordner. Die Sonne überzog sich mit grauen Wolken. Mit ihr verschwand auch die wenige Wärme, und die Wartenden fingen an zu frieren.

„Los doch, gottverdammte!“

„Die scheinen vorn festgerammt zu sein!“

„Vielleicht ham die Grünen abgeperret!“

Nur langsam ruckte es weiter. Ein paar Schritte. Halten. Wieder einige Meter vor, wieder Halten. Dabei war die Spitze schon in der Nähe des Hauptbahnhofes.

[Fortsetzung folgt.]

Rund um den Erdball

Furcht und Schrecken sollte der Luftkreuzer den Indischen Freiheitskämpfern bringen

Das größte Kriegsluftschiff der Welt „R101“ explodiert

Insgesamt 51 Tote — Darunter die Elite der englischen Luftschiffverständigen — Nur 7 von 58 Passagieren gerettet — Der profitgierige Monopolkapitalismus verhindert explosions sichere Luftschiffe

Das englische Riesluftschiff „R101“, der größte Luftkreuzer der Welt, der mit einem Kostenaufwand von elf Millionen Mark erbaut wurde und den Stolz der englischen Imperialisten darstellte, ist am Sonntag morgen auf seiner kriegerischen Wanderschaft nach Indien, wo es unter den indischen Freiheitskämpfern Furcht und Schrecken verbreiten sollte, in der Nähe von Beauvais, etwa 150 Kilometer von Paris entfernt, verunglückt. Das Luftschiff flog in der Dunkelheit gegen einen Hügel und explodierte. Nach den bisherigen Feststellungen haben dabei insgesamt 51 Menschen den Tod gefunden. Darunter befinden sich neben der Elite der englischen Kriegsluftschiffverständigen 38 Soldaten der britischen Luftmarine. Von der 58 Mann starken Besatzung konnten nur sieben zum Teil mit schweren Brandwunden gerettet werden. Die Bestürzung über diese grauenvolle Katastrophe, die als die bisher folgenschwerste in der Geschichte der Luftschiffahrt bezeichnet wird, ist ungeheuer. Die gesamte Weltpresse veröffentlicht in Riesenaufmachung die entsetzlichen Einzelheiten des Unglücks und diskutiert auf das heftigste die technische Seite des Luftschiffproblems.

London, 6. Oktober. Das englische Luftfahrtministerium ist aus begreiflichen Gründen in der Beurteilung der Schuldfrage nach wie vor sehr zurückhaltend. Da man die aus aller Welt einströmende technische Kritik über den Nutzwert des Luftschiffes überhaupt fürchtet, versucht man die Schuldfrage ausschließlich auf das Entstehen einer plötzlichen Boe zu schieben, die das Luftschiff mit unwiderstehlicher Gewalt gegen den Hügel gedrückt und durch den Erdaufstoß die gewaltige Explosion verursacht worden sei.

Ein Geretteter berichtet:

Von den Geretteten haben bisher der Junker des Luftschiffes, Dingley, und der mit schweren Brandwunden gerettete Ingenieur Leech Berichte über den Augenblick der Katastrophe gegeben. Dingley erklärte: „Nach Ueberfliegen von Beauvais befanden wir uns in 400 bis 500 Meter Höhe, als wir in ein Luftloch gerieten. Das Luftschiff kam leicht wieder hoch, geriet aber in ein zweites Luftloch und wurde gegen den Boden geschleudert. Der Steuermann suchte das Höhensteuer ganz auszunutzen, um das Luftschiff wieder in die Höhe zu reißen, aber im gleichen Augenblick berührte

das Luftschiff mit dem Mittelteil den Boden, und es ereignete sich eine furchtbare Explosion. Ich wurde aus dem Luftschiff geschleudert und befand mich auf einmal etwa 100 Meter von dem Luftschiff entfernt auf dem Acker.

Der Ingenieur Leech berichtet, daß alle Passagiere schliefen, als die Katastrophe eintrat. Nur die Führer und die Wachmannschaften waren wach. Die Explosion des Luftschiffes erfolgte erst nach dem Aufschlagen auf die Erde. Ingenieur Leech konnte den Vertretern der französischen Luftbehörden ziemlich genau angeben, wo sich die einzelnen Fahrgäste während der Katastrophe befunden haben.

Ueberlebender Cook: „Furchtbar, furchtbar!“

Zwei Mann der Besatzung verdanken ihr Leben dem Plätzen eines Wasserbehälters über ihrem Aufenthaltsraum. So ergänzt der Junker Dingley seinen Bericht noch wie folgt: „Bevor ich wachte, was passiert, war ich von Flammen eingehüllt. Das einzige, was wir tun konnten, war herauszuspringen, im Vertrauen darauf, daß wir uns in nicht allzugroßer Höhe befanden.“

Ein anderer Ueberlebender, namens Cool, konnte unter dem Eindruck des Entsetzens nur immer wieder stammeln, „Furchtbar, furchtbar!“. Weitere Augenzeugen schildern, daß der Luftkreuzer in dem Augenblick, als er mit dem Mittelteil auf die Erde fiel, von einer einzigen Riesensplamme, von einem Ende bis zum anderen, vollkommen eingehüllt war.

Das Verbrechen des profitgierigen Monopolkapitalismus

Mögen die Berichte der Augenzeugen der furchtbaren Katastrophe in ihren Einzelheiten noch so auseinandergehen. Das eine jedenfalls läßt sich mit aller Bestimmtheit schon heute feststellen, daß das Unglück nicht ein solches Ausmaß angenommen



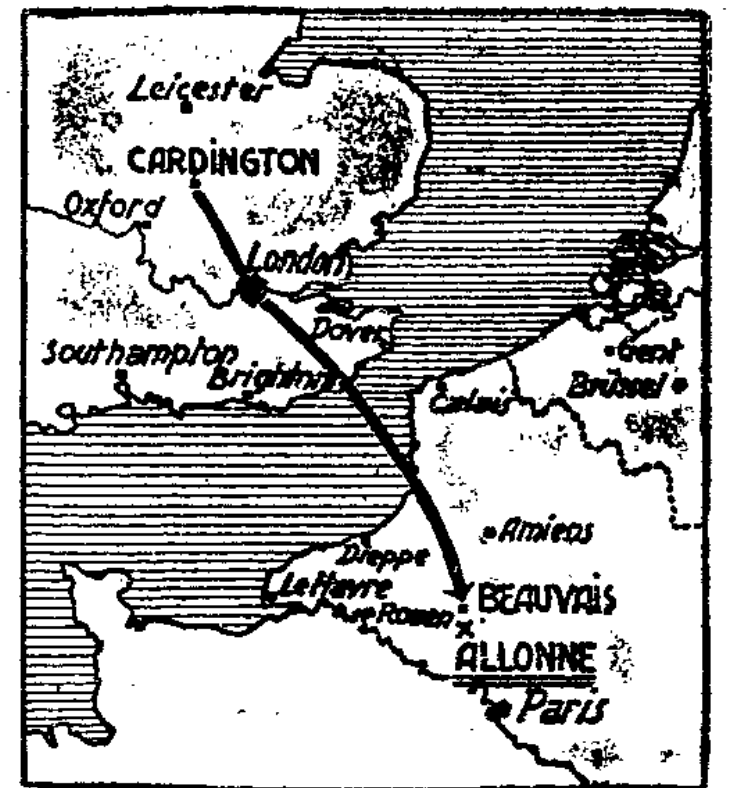
Luftkreuzer „R 101“ vor seinem Indienflug.

hätte, wäre es statt mit Wasserstoffgas mit dem feuer sichereren Heliumgas gefüllt gewesen. Die Profitgier des amerikanischen Monopolkapitalismus, der aus Gewinn sucht und imperialistischen Gründen ein Ausfuhrverbot für Heliumgas erzwungen hat, ist also der wahre Schuldige an dem gräßlichen Tode der 51.

Daß aber auch die Leitung des Luftkreuzers ein gerüttelt Maß Schuld an dieser größten aller Luftkatastrophen hat, geht aus folgendem Funktelegramm hervor, das um 1.50 Uhr, also 40 Minuten bevor das Unglück geschah, von „R101“ als letzte Meldung in die Welt gesandt wurde. Es lautet:

„Zur Zeit befinden sich die Passagiere nach einem ausgezeichneten Mahl und nachdem sie ihre Zigarre geraucht haben, im Begriff, schlafen zu gehen.“

Aus diesem Telegramm geht also mit erschütternder Deutlichkeit hervor, daß die Schiffsleitung, um dem Luxus bedürfnis der „Herren“ Passagiere nach einer teuren Savanna nachzukommen, das Rauchen in den Räumen des Luftschiffes gestattete, das mit Explosionsgasen gefüllt war.



Die Todesfahrt „R 101“.

Erst gegen 4 Uhr morgens war das Feuer erlosch. Bis dahin war es den Rettungsmannschaften vollkommen unmöglich, Hilfe zu bringen, da das Feuer eine solche Hitze verbreitete, daß jedes Herantreten ausgeschlossen war. Ueber zwei Stunden lang brannte das Riesenschiff des Luftkreuzers wie eine riesige Fackel. Mit grauem Entsetzen sahen Augenzeugen im Flackern der Flammen Menschen, die vergeblich versuchten, aus dem Höllenfeuer zu entkommen. Alle Toten waren bis zur Unkenntlichkeit verbrannt und verkümmert. Erst in den Nachmittagsstunden waren die Löscharbeiten beendet.

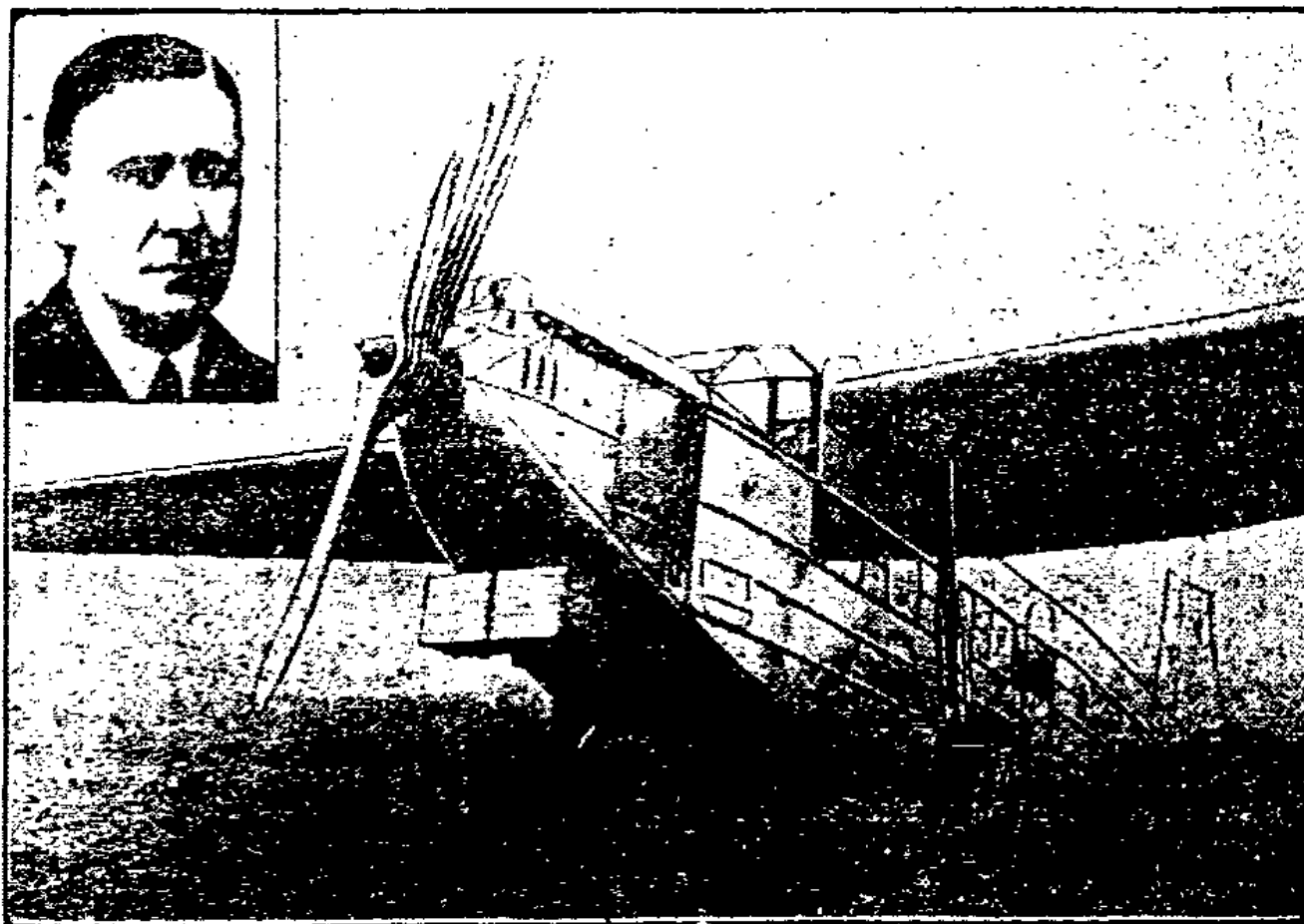
Kurz vor der Landung von einer Fö ertast

Die Flugzeugkatastrophe bei Dresden

Verkehrsflugzeug Berlin-Dresden „D 1930“ abgestürzt — Sämtliche In der Maschine umgekommen

Das Verkehrsflugzeug „D 1930“, das am Montag morgen fahrplanmäßig um 9.15 Uhr in Dresden landen sollte, ist einige Minuten vor der angegebenen Zeit über dem Reichswaldrieden im Priesnitzer Grund abgestürzt. Der Flugzeugführer, ein Nordmonteur und sechs Passagiere sind umgekommen. Das Flugzeug, eine einmotorige Messerschmidt-Maschine, M 20, wurde vollkommen zerstört.

Dresden, 6. Oktober. Nach ergänzenden Mitteilungen von Augenzeugen ereignete sich das entsetzliche Flugzeugunglück genau 9.07 Uhr vormittags über dem Priesnitzer Grund, östlich vom Dresdener Flugplatz. Das Flugzeug war fahrplanmäßig um 8 Uhr vom Tempelhofer Flughafen in Berlin aufgestiegen, um über Dresden-Prag nach Wien zu fliegen. Fahrplanmäßig sollte die Landung in Dresden um 9.15 Uhr erfolgen. „D 1930“ war bereits über dem Dresdener Flughafen aufgetaucht und war im Begriff, aus etwa 400 Meter Höhe im Gleitflug niedergehen, als plötzlich Beamte des Flugplatzes zu ihrem Entsetzen bemerkten, wie das Flugzeug in etwa 2 bis 3 Kilometer Entfernung vom Landungsplatz durchsackte und wie ein Pfeil in ein Gehölz hinabschoss.



Die Unglücksmaschine mit Flugkapitän Pust.

Grauenvoller Anblick...

Sofort eilten die Rettungsmannschaften des Flughafens an die Unglücksstätte. Auch die Feuerwehr, die sofort alarmiert wurde, raste mit zwei Löschzügen und einem Pionierzug herbei. Ein furchtbarer Anblick bot sich den Rettern dar. Kostbare Zeit verstrich mit den Vorbereitungen zur Rettung. Mühte man doch zunächst die Trümmer zerlegen und zum Teil auseinanderlösen, bevor man überhaupt die schrecklich zugerichteten Toten herausholen konnte. Alle hatten schwere Schädel- und Rippenbrüche. Sieben von ihnen waren bereits tot. Der achte gab noch Lebenszeichen von sich, verstarb aber ebenfalls auf dem Transport ins Krankenhaus. Der Flugzeugführer und der Junker, die beide auf dem Führersitz gesessen hatten, waren buchstäblich eingeweicht.

Kaltblütigkeit bis zum Tode

Wie die Untersuchung bisher ergab, ist „D 1930“ unmittelbar vor der Landung, als es aus etwa 400 Meter Höhe im Gleitflug niedergehen wollte, von einer Fö ertast und niedergedrückt worden. Dabei traf die Tragfläche einen Baum, das Flugzeug überflieg sich und stürzte

mit voller Wucht in eine Erdmulde, wo sich der Motor etwa 1 1/2 Meter tief in den Boden eingrub. Trotzdem das Flugzeug völlig zerstört wurde, so daß es nur noch einen einzigen unentwirrbaren Klumpen von zerplittertem Holz und verbogenen Metallteilen bildet, war zu ersehen, daß dem verunglückten Flugzeugführer Pust keinen Augenblick die Geistesgegenwart verlassen hatte. Wie an der Mechanik des Motors festgestellt werden konnte, hat Pust einige Sekunden vor der Katastrophe noch die Kaltblütigkeit befallen, die Benzingleitung abzustellen, so daß ein Brand beim Aufschlagen der Maschine verhütet wurde.

Nach Äußerungen mehrerer Luftschiffverständiger ist dieses furchtbare Flugzeugunglück ausschließlich auf die plötzlich entstehenden Fallböen zurückzuführen, die bei dem Dresdener Flughafen besonders häufig auftreten. Die Sachverständigen erinnern daran, daß bereits vor einigen Jahren hier einmal ein Flugzeug beim Niedergehen zu Boden gedrückt und zerstört wurde. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist „D 1930“ dasselbe passiert. Die Fö muß die mit gedrohtem Motor herabgehende Maschine mit solcher Gewalt heruntergedrückt haben, daß es dem Flugzeugführer nicht mehr möglich war, das Flugzeug in keine Gewalt zu bekommen.

... weil er die Miete nicht bezahlen konnte

Kampf dem Faschismus!

Mittelkolle für den antifaschistischen Kampfbund

- Kolal Salomon, Hohen, Ottostraße,
Kolal Angererheim, Leutenstraße,
Kolal Bonbild, Könnigerstraße,
Kolal Rabierstraße, Hirsch, Otto-Bohrstraße.

Zu diesen Lokalen werden Anmeldekarten zum antifaschistischen Kampfbund entgegengenommen. Arbeiter, Erwerbslose, ohne Unterschied der Partei, schmiedet die Einheitsfront gegen den Faschismus!

Vollwacht sucht zu verwirren!

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat am 20. September an den Stadtverordnetenversammlung einen Antrag auf sofortige Entlassung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung gestellt.

Antrag 1: Lohnverhöhung für alle städtischen Arbeiter ab 1. Oktober 1930 um 10 Pfennig die Stunde.

Antrag 2: Den Magistrat zu beauftragen, den Beschluß des Beschäftigtenrates nicht durchzuführen.

Wir sind gewiß, daß alle städtischen Arbeiter und unteren und mittleren Angestellten und Beamten — ohne Unterschied der Partei — die kommunistischen Anträge für die einzig richtigen halten.

Diese Tatsache veranlaßt die sozialdemokratische „Vollwacht“, unter der Epithete „Politik des Sechstageremmen“, eine Polemik gegen uns zu richten.

Es wäre ein Versuch am untauglichen Objekt, Franz Id, darf und die übrigen „Vollwacht“-Redakteure davon überzeugen zu wollen, daß ein Antrag im Stadtparlament zumindest hilft, die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu mobilisieren.

Nun, wir wissen sehr gut, daß die bürgerlichen Parteien, mit eingerechnet die Sozialdemokratie, sich schwer hüten werden, unseren Anträgen zuzustimmen.

Marchiert am Tage der Reichstags-eröffnung!

Am Montag, dem 13. Oktober, wird in Berlin der neue Reichstag eröffnet werden. — Am Montag, dem 13. Oktober, marschieren die Werktätigen von Breslau zu einer Massenversammlung im „Schießwerder“.

An unsere Leser im Süden!

Am Dienstag findet in den „Nistoria“-Sälen um 20 Uhr eine Leserverammlung statt. Referent ist der Verlagsleiter Genosse Gansdorf.

Im Stadtteil Odertor

findet am Donnerstag 20 Uhr im „Bergkeller“, Kleischaustraße, eine wichtige Mitgliederversammlung statt, die die Fragen behandelt: „Der Ausgang der Wahlen und die politische Lage.“

Dreizehnfacher Brandstifter ermittelt

Seit dem Jahre 1922 wüteten in Groß-Moffen, Kreis Münsterberg, fortgesetzte Brände. Es wurden Werte im Betrage von weit über 300 000 Mark vernichtet.

Gestern in den späten Nachmittagsstunden wurde die Wohnung des Hauswärters Margelias Gais, Krüschstraße 6, in Wöpelwitz, gewaltsam aufgedrungen und dabei die Festkellung gemacht.

weil die dem Gais zugewiesene „Pflanzgarten“ gegenüber wohnte und ihn auf Schritt und Tritt beobachtet konnte.

Rum ist er der Ermittlung entgangen! Wir können der Siedlungsgesellschaft und dem Magistrat versichern, daß die im Streit stehenden Siedlungsmieter im Kampf um ihre Wohnungen nicht den Weg des Zwischenschlichters Gais wählen werden.

„... ohne sich um den Überfahrenen zu kümmern“

Die „Herren“-Auto- und Motorradfahrer überfahren rücksichtslos und flüchten. Wie lange soll dieser Skandal noch anhalten?

Rückstehend geben wir den Hauptinhalt aus dem Polizeibericht des gestrigen Tages wieder:

In der Nacht von Sonntagabend zu Sonntag, gegen 2,35 Uhr, ereignete sich auf der Berliner Straße ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Personenkraftwagen kam die Straße in Richtung Berliner Platz gefahren.

Als Täter an dem Verkehrsunfall auf der Berliner Straße wurde der Tapezierer M. aus der Schillerstraße ermittelt.

Am Sonntag gegen 18,30 Uhr fuhr der Kaufmann Lindner aus der Karlstraße mit einem Personenkraftwagen auf dem Wege von Hartlieb nach Breslau Innenstadt.

klammert fortgesetzt und sich bisher auch nicht bei der Polizeibehörde gemeldet. — Am Sonntagabend gegen 16,50 Uhr fuhr der 18jährige Handbeschläger Hoch aus der Alexanderstraße mit seinem Fahrrad die Feldstraße in Richtung Bahnhofsstraße.

schädigten jemals etwas zusehe gelang. Unter dem Druck des von den Beamten der Landeskriminal-Polizeistelle Breslau und dem örtlichen Landjäger zusammengetragenen Beweismaterials gab Hr. die Verübung von 13 Brandstiftungen in den letzten acht Jahren zu.

Selbstmorde

Die 72jährige Witwe Anna G., Gertrudenstraße 8 wohnhaft gewesen, wurde am Montag, gegen 17 Uhr, in der Nähe der Fürstenbrücke als Leiche aus der Oder geborgen.

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 17,30 Uhr auf der Kaiser-Wilhelm-Straße. Der Kaufmann Weizner aus Hirschberg kam mit seinem Opelwagen in Richtung Ring gefahren.

20 000 Stück Zigaretten gestohlen. In der Nacht zum Sonntag wurde ein Einbruchdiebstahl in eine Eckanstraße in der Kaiser-Wilhelm-Straße verübt.

300-Lotterie. Was wird geschrieben: Weiter wurden angeliefert drei prachtvolle Klaviere, geliefert von den Firmen B. Ehrlich & Co., Glas, J. Großpötel, Breslau, und L. Seiger & Sohn, Breslau.

00 Prozent des Wertes ausgezahlt. Das Spielen ist vollkommen risikolos, da bis zum 1. April 1931 an den Kästen des Zoologischen Gartens je ein nichtgezogenes Los (Miete) bei Lösung einer Eintrittskarte von 1 Mark zum vollen Kaufpreise in Zahlung genommen wird.

Straßensperrungen. Wegen Ausführung von Kanalnationen arbeiten wird die Gräbener Straße vor den Grundstücken 230 bis 232 vom 6. bis 18. Oktober für Fahrzeuge aller Art halbseitig gesperrt.

Kommunistische Stadtverordnetenfraktion. Dienstag 19 Uhr, Trebnitzer Straße 50 Sitzung.

Achtung, Frauen und Mädchen! Heute 20 Uhr bei Kap, Mariannenhöhe, öffentlicher Kameradschaftsabend.

Das Büro der AVO. befindet sich auf der Freiheitsgasse 2. Es ist telefonisch unter der Nummer 30146 zu erreichen und ist von 9—13 und von 15—19 Uhr geöffnet.

Freie Lichtfreunde. Dienstag 20 Uhr in der Gowerbschule, Gartenstraße, Vierteljahrsversammlung.

Achtung, die Spielleute des 1. Bezirks, einschließlich Kobornitz, sind Mittwoch, den 8. Oktober, 19,30 Uhr, bei Altmann, Ofener Straße, zur Versammlung.

Angelsportverein „Einigkeit“. 8. Oktober, 20 Uhr, bei Tischler, Garrechtstraße 32, Mitgliederversammlung.

Turn- und Sportverein „Freiheit“-Gandau. Donnerstag, den 9. Oktober, 20 Uhr, Vorstandssitzung.

16 Quadratmeter für 7 Personen

Kinderreiche Familie ermittelt — Fahrrad gepfändet — Gerichtskosten aufgeschult — Soll das noch lange so weiter gehen?

Kinderreiche Familienväter haben neben den alltäglichen Sorgen der Beschaffung von Brot und Kleidung für die Familie noch das große „Vergnügen“, daß sie schlecht eine Wohnung bekommen.

leit von 25 Mark, die, da sie der ausgeleierte K. nun einmal nicht hat, durch die Pfändung des Fahrrades hereinkommen sollen.

In Schöffelsdorf, Kreis Brieg, wurde der Arbeiter K. verurteilt, die Wohnung zu räumen, da er, im guten Glauben an sein Recht (er hatte für 2 Monate die Miete für einen selbst angebauten Ofen einbezahlt) keinen Verteidiger zu Rate gezogen hätte.

Ein Kommentar ist wohl nicht notwendig. So geschehen im 12. Jahre der kapitalistischen Republik. Nun soll es noch schlimmer werden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Coblenz): Ernst Mollweber, Breslau; für Coblenz: Fritz Bendroich, Lindenburg. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau.

Liedlich-Theater. Erob, der Mann mit den Bombenflügel, findet mit seiner Produktion allabendlich brausen den Beifall. Der Künstler beginnt nach Beendigung seines Breslauer Gastspiels eine zweijährige Tournee durch Nordamerika.

Waldenburger Bergland Bergarbeiter, formiert die Kampffront!

An alle Bergarbeiter!

Die Steuererschauung wird weiter angezogen. Der Beitrag zur Erwerbslosenversicherung wurde erhöht und soll eine weitere Erhöhung erfahren. Die Leistungen der Knappschaftsleistungen sind verschlechtert worden. Auf Grund des neuen Sparprogramms der Brüning-Regierung sollen weitere Verschlechterungen folgen. Die Menge Lebensmittel und Gebrauchsgüter, die ihr von eurem Lohn kaufen könnt, wird immer geringer. Der Reallohn ist gesunken und soll weiter gesenkt werden. Trotzdem haben die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsvertreter den Tarif nicht gelündigt und keine Forderungen auf Lohnverbesserung gestellt.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition

War es, die bereits vor Wochen auf einer Delegiertenkonferenz die Forderungen aufgestellt hat: Erhöhung der Schichtlöhne um eine Mark! Befreiung des Arbeiterkampfes von der Kontrolle der Brüning-Regierung. Jeder muß sich für diese Forderungen einsetzen, um den Kampf zu organisieren. — Am Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 9 Uhr beginnt in Weißstein im „Luisen-Pause“ die Industriegruppenkonferenz des Bergbau-Waldenburg und Neurode.

Dann nehmen die auf allen Schichtanlagen gewählten Delegierten teil. Alle Bergarbeiter sind als Gäste zugelassen. Um zum Ausdruck zu bringen, daß die Bergarbeiter gewillt sind, den Kampf für Lohnverbesserung und Arbeitszeitverkürzung aufzunehmen, fordern wir alle Waldenburger Bergarbeiter auf, am 12. Oktober zu einer gemeinsamen

Bergarbeiterkundgebung in Weißstein

auszumarchieren.

Sammelplatz in Weißstein: 11 Uhr am Marktplatz.

Das Auftreten in den einzelnen Orten zum Vormarsch nach Weißstein geschieht wie folgt: Gottesberg: 9.30 Uhr am „Berichtstischhaus“; Neurode: 10 Uhr am Waisenhaus; Dittersbach: 10 Uhr am „Luisen-Pause“; Waldenburg: 10.15 Uhr an der „Stadtbrauerei“; Nieder-Salzbrenn: 10 Uhr am „Bierhaus“; Altwasser: 10.15 Uhr am „Eisernen Kreuz“; Weißstein: 10.30 Uhr am Marktplatz.

Bergarbeiter, beteiligt euch reiflich an dem Aufmarsch! Macht auf allen Schichtanlagen vorbereitende Kampfausschüsse! Beteiligt euch an der Durchführung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition im Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen!

Bezirkskomitee Schlesien
der Revolutionären Gewerkschaftsopposition,
Industriegruppenleitung Bergbau.

Wie eine Lungenfürsorge sein soll, aber nicht ist

In Gottesberg befindet sich eine Fürsorgestelle für Lungenkranke, leitender Arzt ist Dr. Seliger, Gottesberg, und ein Beamter vom Roten Kreuz. Derselbe versteht es ausgezeichnet, den Patienten mitzuteilen, daß die Stadt Gottesberg so „arm“ ist, daß sie den Kranken nicht helfen kann. Ihr ruft mir zu, dort zu sparen, wo es angeht. Man kann bestimmt jedem, der die Fürsorge besucht, eine Milchkarte geben, und nicht einige bevorzugen. Es ist den Kranken nicht geholfen mit Untersuchungen, Blutproben und

Durchleuchtung, man muß die Kranken unterstützen, um der Krankheit Einhalt zu gebieten. Den Nutzen hat nur der leitende Arzt, indem er eine schöne Nebenbeschäftigung hat, und die Schwester ihr Gehalt. Ein starkes Stück ist es, wenn die Schwester ihre Besuche macht und dann aber Kranke bei anderen Leuten spricht. Dafür nur einen Paß. Ein Genosse ist seit Oktober 1931 an offener Tuberkulose erkrankt. Er wurde im vorigen Jahre krank und bekam eine Kur in der Heilstätte Buchwald. Diese war aber ohne Erfolg. Er wurde als arbeitsfähig aus der Heilstätte entlassen. Nun ist es Vorschrift von der Landesversicherungsanstalt, alle diejenigen als arbeitsfähig zu entlassen, welche 13—20 Wochen im Bett sind, und wenn sie schon den Todesschwanz auf der Stirn haben, aber arbeitsfähig müssen sie sein. Der Kranke stellte trotzdem einen Antrag auf Reichsrente und Knappschaftsrente. Letztere wurde ihm bewilligt, und die Untersuchung leitete Herr Medizinalrat Dr. Hübner, Waldenburg. Auf Grund des Befundes seiner Krankheit bewilligte man ihm die Knappschaftsrente und im ersten Jahre Nachuntersuchung. Als der Schwester dieses zu Ohren kam, machte sie die Bemerkung: „Ein Kreisarzt ist kein Lungenarzt, der Mann könne noch arbeiten, wenn er nur wollte.“ Auch schmeuberte sie ihm selbst ins Gesicht, „er solle sich doch Arbeit suchen“. Der Genosse ist schon ein ganzes Jahr positiv tuberkulös, trotzdem sagte der Arzt von der Fürsorge, „seine Lungen seien vollständig ausgeheilt, ein Heilverfahren kommt nicht in Frage“. Zu solchen Ärzten soll man noch Vertrauen haben, die mit uns Kranken auf diese Art Schindluder treiben. Es ist unbedingt notwendig, daß die Stadtverwaltung sich besser um die Fürsorge kümmert. Die Vorträge über Tuberkulose können uns nichts nützen. Schindluder mit Kranken zu treiben, dazu sind sie nicht da.

Wie sich Young-Politik auswirkt

Wir Kommunisten stehen seit Jahren auf dem Standpunkt, daß die Young-Plan-Politik den Arbeitern das letzte Hemd vom Leib zieht. Der hier sehr bekannte Kurarzt und Kommunalvertreter Doktor

Ein Waldenburger Rumpel schreibt aus der U.S.S.R.

Ein Genosse stellt uns den nachstehenden Brief zur Verfügung, den er von einem Freund erhalten hat:
Jung Komonard, d. 23. 9. 30. G. Freund Fritz nebst Frau! Es wird wohl bald mal Zeit, daß ich Dich auch mit ein paar Zeilen bedanke. Wie Du aus meinem Schreiben ersehest, befinde ich mich nicht mehr in Deutschland, sondern im Lande der Zukunft, Rußland. Bin in Südrußland, nicht weit vom Schwarzen Meer, arbeite hier mit 100 Deutschen auf Schacht Jung Komonard. Wir sind seit Juli hier. Wir hatten die ersten Monate schwer zu leiden unter dem Tropenlima, jetzt geht es besser. Arbeitsbedingungen sind sehr gut, Arbeitszeit 6 Stunden, Arbeitslohn und Kleidung, Schuhe, alles frei. Steuern 1,5 Prozent. Der Lohn beträgt 180 Rubel, für Kost bezahlen wir 85 Kopelen pro Kopf, also 85 W. pro Tag. Die Zimmer sind möbliert, so daß wir von Deutschland nichts mitbringen brauchen. Du weißt ja, G. Freund, daß ich mich da nicht habe dazu heissen lassen, sondern zugewilligt habe; ich habe es noch nicht bereut. Die Arbeit geht hier in Rußland nach dem alten Stil, nur fehlt es an maschinellen Einrichtungen. Aber es kommt mit der Zeit. Mädchen sind hier auch auf der Suche beschäftigt, zum Bogen schießen. Die erste Zeit kam einem das Spanisch vor, jetzt ist man schon eingewöhnt, nur die Sprache ist schwer; in vier bis fünf Jahren wird man sie wohl beherrschen. Hier gibt es auch hier, Schmeck aber nicht, um so mehr der Wein, der ist forant. Es gefällt mir sehr gut hier, und ich werde wohl nach Deutschland nicht mehr zurückkehren. Die Schächte

Steuern und die das immer nicht wahrhaben. Kom Komonard aber, daß auch bei ihm anfängt die Young-Politik zu wirken: Er läuft mit einer Karte herum, die eigentlich bereits gegen einen bestimmten Paragraphen des Strafgesetzbuches verstößt. Unsere Genossen werden deshalb Veranlassung nehmen, ihn demnächst im Gemeinderat zu fragen, ob er eingesehen hat, daß die Kommunisten recht haben.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit

Alle Delegierten, welche zum Sonntag nach hier kommen, haben großes Quartierbesuchung sich sofort an den Genossen Leuberg zu wenden, andernfalls laufen sie Gefahr, keine Quartiere zu erhalten.

Achtung, Mitglieder des Internationalen Bundes! Der nächste jährige Sonntag findet am 11. und 12. Oktober in Gottesberg im Hotel „Schützenhaus“ statt. Die Kreisleitung Waldenburg fordert daher alle Mitglieder des I. B. auf, die Sonntagtagung als Gäste zu besuchen. Die Parole muß lauten:
„Alle Kriegesopfer und Invaliden am 11. und 12. Oktober nach Gottesberg!“

Landeshut Stahlhelmer und Nazis wittern Morgenluft

Am Sonntag hielt der Stahlhelm, zusammengetrommelt aus der näheren und weiteren Umgebung, eine sogenannte Parade auf dem hiesigen Marktplatz ab, wobei es an den üblichen Titeln von der nationalen Befreiung und an nationaler Begeisterung nicht fehlte. Nächsten Sonntag (offener Sonntag) soll die Provokation der hiesigen Arbeiterschaft fortgesetzt werden durch ein Konzert im Luder sowie sonstigen Rummel. Arbeiter! Merkt euch die Geschäftsleute, welche durch Unterstützung derartiger Veranstaltungen beweisen, daß sie von euch als Abnehmer ihrer Erzeugnisse nichts wissen will! Stahlhelmer und Nazis, die besten Stützpunkte des Kapitals und der Reaktion, sie müssen in breiter Front von der Arbeiterschaft erkannt und bekämpft werden. Wie an anderen Orten, so muß auch in Landeshut eine auf breiter Front stehende Abwehrfront gegen diese Gefahr geschaffen werden. Deshalb an die Arbeit zur Schaffung des antifaschistischen Kampfbundes.

wachsen hier wie Pilze aus der Erde. Fabriken und Eisenbahnen werden hier gebaut und alles ist in voller Tätigkeit, und in Deutschland dagegen: Arbeitslosigkeit, keine Wohnung und Hunger. Margarine kennt man hierzulande nicht, nur gute Butter. Für vier Mann zum Frühstück ein Pfund gute Butter, dazu einen Liter Milch oder Kaffee oder Tee. Hier kann sich jeder nach Belieben seinen Salz vollkosten. Das schönste von allem war die Fahrt, überall wurden wir deutschen Techniker von der Kapelle der Roten Armee in Empfang genommen. Die Verpflegung war i. a. Wir haben hier ein sehr großes Klubhaus, das ist so groß wie die Kaiser-Fabrik, jeden Abend ist da Kino, Theater und Musik und andere Sachen; alles wird hier den Arbeitern gratis geboten. Jeder kann hier etwas lernen, und lerne nichts. Ja, in einem Arbeiterstaat ist es doch anders als in einem kapitalistischen Staat, wo der Summknäuel regiert. Was für Tausende Arbeiter möchten gerne nach Rußland, und sie dürfen nicht. Nun, G. Freund, werde ich schlafen, und ich werde Dir später noch mehr schreiben. Grüße mit alle Bekannten und erziele ihnen von mir, denn allen kann ich ja doch nicht schreiben. Die herzlichsten Grüße aus weiter Ferne sendet an Dich, Deine Frau und Kinder.
Dein Freund Walter Bischof.
Donbass-Artemogol Kubok Jung Komonard Kasernen 10 a.
U.S.S.R.

Niederschlesien Landvolkprozeß in Liegnitz

Der Richterstatter als Polizeispitzel

Am Freitag fand vor dem Liegnitzer Schöffengericht, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kluge, ein Prozeß gegen das Landvolk (Landvolkbewegung) statt. Der Landvolkführer Dr. Glöckner, Mitvergütungsrichter Pauli sowie der Schriftführer Kuhl aus Zhebue waren wegen „Ausreizung zum Steuerfreit“ angeklagt. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Am 23. März d. J. fand in Liegnitz im Schützenhaus eine Versammlung der Landwirte statt, deren Einberufer Dr. Glöckner war. Er leitete die Versammlung, während die beiden übrigen Angeklagten als Referenten fungierten. Die beiden anwesenden Primis wollen nun in den Ausführungen der Referenten eine Ausreizung zum Steuerfreit gehört haben. Ein zehn Seiten langer Bericht lieferte dem Staatsanwalt das Material zur Anklage. Die ganze Verhandlung war von Anfang bis Ende eine Blamage der Staatsanwaltschaft bzw. deren Vertreter, der Kriminalbeamten. Trotz diesem zehnjährigen Bericht, welchen die beiden Primis geschrieben haben wollten, konnten sie nicht mehr ausfragen. Einem direkt lässlichen Einwand machte der Staatsanwalt Moed. Mit schillernden Worten stand er da und sammelte etwas in seinen Bart, was kein Mensch verstehen konnte. Und jetzt kam die Aboerforderung! Auf die Frage des Vorsitzenden, daß sie das, was sie in dem langen Bericht schriftlich niedergelegt haben, doch nicht vergessen haben könnten, gab Moed zu, daß der Inhalt der Schrift nicht das ist, was sie selbst gesehen und gehört haben, sondern aus dem Stenogramm des Berichterstatters für alle Zeitungen, Theodor Scha, entnommen ist.

Da die Beamten selbst nicht fähig waren, einen Bericht über die Versammlung zu liefern, hatte der Kommissar Scholz genannter Scha gebeten, den Bericht an die vorgelegte Beschriftung aus jenem Stenogramm entnehmen zu dürfen. Scha willigte ein und wurde damit zum ganz gewöhnlichen Polizeispitzel. Das war Herr Scha nun etwas peinlich, da es sich bei den Angeklagten und den Zuhörern um Kunden seiner Zeitungen, für die er arbeitet, handelt. So machte auch dieser Beschuldigung einen Zurückzieher. In der Verhandlung gehen sich alle Beteiligten die redlichste Mühe, sich zu blamieren. Der „Stig“ hat aber ungenügend die sozialdemokratische Polizeikommissar Scholz mit seinen getreuen Helfern davongetragen. Herr Scholz reißt eine Blamage an die andere, so daß er wohl bald seinen fünfjährigen Reichfall auf politischem Gebiet wird feiern können.

Das Gericht erkannte bei Dr. Glöckner an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von sechs Wochen auf eine Geldstrafe von insgesamt 200 Mark oder je fünf Mark auf ein Tag Gefängnis, einen Teil der Kosten des Verfahrens und Bewährungsstrafe des Urteils in

allen Liegnitzer Zeitungen und in der „Schwarzen Fahne“. Die zwei anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Die Anhänger der Angeklagten marschierten vormittags zur Verhandlung geschloffen an und brachten ein Hoch auf Dr. Glöckner aus. Als sie nachmittags wieder mit ihrer Fahne die Angeklagten abholen wollten, waren die Hauptbeteiligten bereits aus dem Gericht verjährt worden. So mußte denn die Fahne wieder eingebracht werden, und man zog in die Vorläufer Bierhalle, wo die zahlreichen „Entlastungszeugen“ ihre Zeugengebühren vertrannten.

Görlitz Weiteres Ansteigen der Erwerbslosigkeit

Vom Arbeitsamt wird uns gemeldet: Die Zahl der Arbeitssuchenden hat sich weiter langsam gesteigert. In der Landwirtschaft ist der erwartete Abgang in Anstaltsstellen zur Gedächtnisfeier nicht eingetroffen. Gestraft wurden nur junge Burschen bis 18 Jahren, die alle Arbeiten verrichten können und auch Stallarbeit übernehmen müssen, selbst die Nachfrage nach ledigen weiblichen Kräften blieb gegen den Vormonat erheblich zurück. Friedhofarbeiter und arbeiterrinnen kamen zur Entlassung. Auch in Forstbetrieben wurden Arbeitskräfte entlassen. Im Bergbau ist durch Wiedereinstellung von Arbeitskräften ein kleiner Abgang zu verzeichnen. In einer Anzahl von Bergbaubetrieben sind, um Entlassungen zu vermeiden, Feiertage eingelegt worden. In der Gruppe Industrie der Steine und Erden ist die Arbeitsmarktlage weiter ungünstig. In der Steinindustrie haben die Stilllegungen weiter zugenommen, noch ungünstiger ist die Lage in der Glasindustrie. Es werden weitere Stilllegungen und Kurzarbeit gemeldet. Auch eine Tafelglasfabrik hat ihren Betrieb am 27. September stillgelegt und werden hieran 120 Arbeiter betroffen. Wegen Auftragsmangel mußte eine Ziegelei den Betrieb stilllegen und kamen 70 Leute zur Entlassung. In der Metallindustrie ist ein weiterer erheblicher Zugang erfolgt. Ein großer Teil der noch arbeitenden Betriebe hat Kurzarbeit eingeführt. Wegen Absatzschwierigkeiten im Holzgewerbe sind weitere Entlassungen erfolgt. Im Nahrungsmittel- und Bekleidungsgebiete ist eine leichte Besserung eingetreten, so daß in diesen Gruppen die Zahl der Arbeitssuchenden zurückgegangen ist. Der Jahreszeit entsprechend hat sich die Lage im Berggewerbe weiter verschlechtert. Durch in Angriff genommene Reparaturarbeiten konnte eine Anzahl ungelerneter Arbeiter untergebracht werden. Die Arbeitsmarktlage der Angeklagten ist nach wie vor ungünstig und konnten in dieser Gruppe fast keine Vermittlungen getätigt werden. Arbeitssuchende im Bezirk Görlitz: 15 863; Arbeitssuchende in der Stadt Görlitz: 7082.

Aus dem Riesengebirge Zusammenbruch einer Anklage und doch Gefängnisstrafen

Girschberg. Die am 3. Oktober vor dem Girschberger Schöffengericht gegen die Genossen Kirschke, Heia, Leber, Seemann stattgefundene Verhandlung gab wiederum ein überzeugendes Bild von der proletarierfeindlichen Tendenz der deutschen Rechtsprechung. Von der zur Anklage stehenden gewalttätigen Versammlungsorganisation einer Naziverammlung und Körperverletzung mittels lebensgefährlicher Werkzeuge blieb nach der Zeugenerklärung herzlich wenig übrig. Die Genossen Leber und Seemann mußten zum Beweisen des Betretens der Staatsanwaltschaft freigesprochen werden. Den Genossen Kirschke und Heia jedoch wurde aus belanglosen Aussagen zweier Zeugen ein dünnes Garn gesponnen, so dünn, daß tatsächlich die ganze Verlobung einer ernstlich nach rechts schauenden Justiz dazu gehört, daraus ein Urteil zu konstruieren. In es letzten Endes im ganzen System verständlich, daß ein Staatsanwalt aus „nichts“ Verbrechen zusammenstellt und zum Beweisen der Defektheit kramphast nach Überschreitung eines Paragraphen sucht, so kann man über ein Gericht nur bedauernd den Kopf schütteln, welches derart widersinnigen Gedankengängen folgt und dem Strafmandat des Staatsanwalts durch Verhängung von drei Wochen Gefängnis für Kirschke und sechs Wochen für Heia entspricht.

„Die Kommune“

ist erschienen. Aus dem Inhalt ist für die kommunistische Fortentwicklung des Programms der sozialen und nationalen Befreiung der Weltartikel

„Der Sowjet und seine Sektionen“

von besonderer Wichtigkeit.

Das in ihm enthaltene Material, das einen Einblick in die Verfassung der Sowjets gewährt, ist vorzüglich geeignet, dem kommunistischen Kommunalfunktionär die Arbeit in der Propaganda und im Kampf gegen national- und sozialfaschistische Demagogie zu erleichtern.

Aus dem weiteren Inhalt der vorliegenden Nummer ist noch besonders hervorzuheben:

- „Der Städtetag für Brüning-Diktatur“
- „Unterstützungsausschuss in den Gemeinden“
- „Ein sozialfaschistischer Schandtreib“
- „Kampfrückzug der Gemeinde- und Staatsarbeiter des Ruhrgebietes“
- „Das kleinere Übel oder revolutionäre Gemeindepolitik“
- „Bewährte Waffen“

Die „Kommune“ erscheint zweimal monatlich und ist zu beziehen durch jede Postanstalt. Abonnementspreis nur 1 Mark vierteljährlich, monatlich 12 Pfennig Postgebühr.

Produktionsfabotage

Grube wird trotz ungeheuren Kohlenvorkommens stillgelegt — Hochmoderne Schachtanlagen gehen unter dem Kapitalismus zugrunde.

Essen, 4. Oktober. (Eig. Bericht) Ein Beispiel für die Gemütslosigkeit, mit der die Unternehmen im Ruhrbergbau vorgehen, ist der Fall der Schachtanlage „Arenberg-Forstung“ in Bottrop, wo mit Zustimmung der Regierung die ganze Belegschaft heillos gemacht wird. Dabei liegt die Förderung dieser Zeche weit über dem Durchschnitt. Auf der jetzigen Abbaustelle, der dritten, stehen noch für zwei Jahre Kohlen an.

Die vierte Sohle ist bereits fast vollständig aus- und vorgeht. Die erforderlichen Auerschläge und Ausbrüche sind angefahren; sogar das Grubengleis für die elektrische Förderung und die Oberleitung sind betriebsfertig. Mehrere Millionen Mark sind dort investiert. Laut Sachverständigenangaben beträgt der Kohlenreichtum auf dieser Sohle ungefähr acht Millionen Tonnen. Über trotzdem wird jetzt, wo man an die Ausbeutung dieser Kohle gehen könnte, die ganze hochmoderne Ubertage- und Untertageanlage einfach stillgelegt.

So sabotieren die Kapitalisten die Produktion, so wird das jetzige Ausbeutungssystem zur Hölle der Produktion, die sich erst dann voll entfalten wird, wenn die Werktätigen im revolutionären Kampf Sowjetdeutschland errangen haben und die Verwaltung der Ernte in ihre eigenen Hände nehmen werden.

Was tun

Schacht und Luther in Amerika?

Der frühere Reichsbankpräsident Schacht ist vor einigen Tagen in den Vereinigten Staaten eingetroffen; angeblich als Privatmann, um Informationen zu sammeln und zu erteilen, in Wirklichkeit aber, wie wir erfahren, als stiller Beauftragter der Regierung, der den Boden für den von der Brüning-Regierung angestrebten „Leberbräunungsakt“ zu sondieren hat. Um das Defizit des diesjährigen Etats zu decken, will der Finanzminister einen neuen Auslandskredit und zwar in der Höhe von 120 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten aufnehmen. Darüber schweben bereits Verhandlungen mit dem New Yorker B. A. Haus Lee, Higginson & Co., dem amerikanischen Geschäftspartner des Rindholzdignis Joar Kreuzer.

Die besondere Aufgabe Schachts besteht nun darin, die politischen Bedenken der amerikanischen Großfinanz vor neuen Kapitalanlagen in Deutschland zu zerstreuen. Nach dem heftigen Kurssturz der deutschen Anleihen und insbesondere der Young-Anleihe in den letzten Tagen, hat das amerikanische Großkapital naturgemäß keine besondere Lust, neues Geld in das zweifelhafte Geschäft Deutschland zu stecken. Schacht aber, der schon als Reichsbankpräsident der Vertrauensmann aller faschistischen Kreise war, bringt nun den amerikanischen Bankiers jene „beruhigenden Informationen“, auf die sie warten: daß die deutschen Reparationszahlungen auch unter einer Nazi-Regierung nicht ausbleiben werden. Die Naziführer selbst haben ja in den letzten Tagen genügend Versicherungen ihrer Ergebenheit über den Ozean geschickt.

Denselben Zweck wie Schachts Aufenthalt in den Vereinigten Staaten verfolgt auch die Reise des gegenwärtigen Reichsbankpräsidenten Luther, die in diesen Tagen erfolgen wird. Und Luther hat es besonders dringlich. Denn in den letzten drei Wochen hat die Reichsbank nicht weniger als 520 Millionen Mark von ihrem Gold- und Devisenbestand eingebüßt, was vor allem auf die Zurückziehung französischer Kredite zurückzuführen ist, dann aber auch auf die Wanderschaft deutscher Kapitalisten, die ihr Geld ins Ausland bringen. 520 Millionen Mark, davon 175 Millionen in Gold — das ist mehr als ein Sechstel des ganzen Bestandes der Reichsbank an Gold und ausländischen Zahlungsmitteln. Sollen weiter monatlich 170 Millionen Reparationen gezahlt werden, dann muß das Reich eben neue gewaltige und hoch verzinsliche Schulden machen, wenn anders man es nicht auf eine Währungs-Latastrophe ankommen lassen will.

Und da nun die Faschisten aller Parteifarben, die Nazis eingeschlossen, für die Weiterzahlung der Reparationstribute sind, deshalb schicken sie ihre Bankpräsidenten nach Amerika. Die neuen Anleihen dienen ja nur dazu, die Reparationstribute weiter zu entrichten. Das deutsche Proletariat aber, dem da neuerlich gewaltige Lasten aufgebürdet werden sollen, wird den Reparationshyänen und ihren faschistischen Geschäftsfreunden einen dicken Strich durch die Rechnung machen!

Merkt es Euch!

Die Nazis zuverlässige Landsknechte des Finanzkapitals

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ein führendes Blatt der Bourgeoisie, die nicht zu befürchten braucht, von den Arbeitermassen gelesen zu werden, tritt für die Herinnahme der Nazis in die Regierung ein. Sie begründet ihre Haltung, die eine völlige Entlarvung der Nazis ist, folgendermaßen:

„Da es feststeht, daß eine Regierungsmehrheit mit der Sozialdemokratie nicht zu erreichen ist — die Volks- und Wirtschaftspartei haben sie abgelehnt —, so bleibt nur die Verhandlung mit den Nationalsozialisten übrig. . . . In praktischer Hinsicht hat das thüringische Beispiel bewiesen, daß die Nationalsozialisten den Unterschied zwischen Opposition und Verantwortung durchaus begreifen.“

Sie haben dort zugestimmt einer Kopfsteuer ohne Staffelung, der Erhöhung des Schulgelbes, erheblichen Ersparnissen im Wohlfahrtswesen und im Schulschatz. In der Frage der Unterstützung der Erwerbslosen, Kleinrentner und Sozialrentner haben sie ihre früheren Oppositionsanträge mit den übrigen Reichsparteien zusammen wiedergegeben, in Braunschweig treten sie für eine zehnprozentige Kürzung der Beamtengehälter ein.“

Das sind die faschistischen Landsknechte, die den werktätigen Massen das „Dritte Reich“ versprechen, um zu Ministerposten zu kommen. Das Lob, das das schwerindustrielle Blatt den Nazis spendet, haben sie sich durch den großzügigen Beitrag an ihren Wählern reichlich verdient.

CP. Amsterdam, 2. Oktober. Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat die Verlegung seines Hauptbüros von Amsterdam nach Berlin vom 1. Juli 1931 ab beschlossen.

Nur die kommunistische Presse kämpft

gegen die schamlose Youngausbeutung, gegen Unterdrückung und Lohnraub, gegen den sozialfaschistischen und christlichen Arbeiterverrat und gegen die nationalistischen Volksbetrüger; nur sie berichtet über den nationalen und internationalen Befreiungskampf aller Unterdrückten.



Die kommunistische Presse gehört daher in jeden Arbeiter-Haushalt.

Vom 15. Oktober bis 15. November läuft die Werbekampagne. — Werbt! Agitiert! Betriebszellen vor die Front!

5000 neue Leser für die „Arbeiter-Zeitung“ ist unser Ziel!

Wir bringen den Beweis:

Das Programm Brünings ist das Programm der NSDAP.

Inhaltliche und teilweise sogar wörtliche Übereinstimmung zwischen dem Wirtschaftsprogramm der NSDAP. und dem Diktaturprogramm Brüninges

Seit Tagen brüht sich die NSDAP. um eine klare Stellungnahme zu den einzelnen brutalen Ausbeutungsbestimmungen des Diktaturprogramms der Brüning-Regierung. Diese Haltung der NSDAP. hat eine sehr einfache Erklärung. Das Programm Brünings ist nämlich in seinen wesentlichsten Punkten das Programm der Nationalsozialisten. Schon einige Tage vor Bekanntgabe des Brüningischen Finanz- und Wirtschaftsprogramms hat der nationalsozialistische Landtags-abgeordnete Adolf Wagner in einem grundsätzlichen Artikel im „Völkischen Beobachter“ die wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen der NSDAP. in fünf Punkten zusammengestellt. Ein Vergleich dieser fünf Punkte der Forderungen des „Völkischen Beobachters“ mit dem Brüningischen Finanz- und Wirtschaftsprogramm ergibt eine inhaltlich völlige — teilweise sogar eine wörtliche Übereinstimmung. Die nationalsozialistischen Wähler mögen vergleichen.

Die Wirtschaftsforderungen der NSDAP.

Entnommen dem Artikel Adolf Wagners im „Völkischen Beobachter“ vom 27. September.

1. „Die deutsche produktive Wirtschaft braucht Ruhe, keine neue Belastung, keine neue Steuer darf für sie kommen.“
2. „Reich, Länder und Gemeinden müssen sich endlich dem Vernunftgesetz beugen, daß sie nicht mehr ausgeben dürfen, als sie einnehmen.“
3. „Rückführung der sich in den Städten ansammelnden Arbeitskräfte aus landwirtschaftlichen Berufen auf das Land.“
4. „Der Zulauf zum Arbeitsmarkt kann ein Jahr lang um 500 000 Jugendliche verhindert werden, durch Verlegung des schulpflichtigen Alters vom 6. auf das 7. Lebensjahr. Die jetzt in der Schule befindlichen Kinder bleiben ein Jahr länger darin.“
5. „Die 3 Milliarden Mark, die heute die Erwerbslosenfürsorge verschlingt, würden genügen, um ein Arbeitsheer von 800 000 Mann Vierzehn- bis Fünfundzwanzigjähriger zu beschäftigen.“

Die Verwirklichung des „Dritten Reichs“ im Brüning-Programm

Die fünf Punkte des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms Wagners finden sich im Brüning-Programm in folgenden Bestimmungen:

Zu 1. „Es geht darum . . . das Dorniederliegen der Wirtschaft zu bekämpfen. . . . Zieht man die Aufgabe so an, dann verdrückt sich . . . jede neue Belastung der Produktion. Vielmehr ist die Entlastung der produktiven Stände zu fördern.“

Zu 2. „Zunächst gilt es, einen geordneten und ausgeglichenen Etat für das kommende Jahr aufzustellen. . . . Das Haushaltsrecht der Länder und Gemeinden soll den strengen Grundfäden des Reichs angepaßt werden.“

Zu 3. Die Verwirklichung der unter Punkt 3 bei Wagner genannten Wirtschaftsforderungen der NSDAP. findet sich in der mit dem Brüning-Programm verknüpften Notverordnung, die einen verschärften Arbeitszwang für Arbeitslose im Rahmen der Mithilfe einführt. Das heißt, die arbeitslosen Proletariat sollen den ostelbischen Junkern als billige Arbeitsklaven zugeführt werden.

Zu 4: Diese Forderung ist in so dumme Form rein nationalsozialistisches Erzeugnis. Sie bedeutet, daß die verelendeten Proletariatskinder auch ihre erwachsenen Kinder noch ernähren müssen. Dasselbe will die Brüning-Verordnung u. a. durch eine schärfere Bedürftigkeitsprüfung bei der Erwerbslosenfürsorge herbeiführen.

Zu 5: Auch mit der Verwirklichung der Arbeitsdienstpflicht hat Brüning bereits begonnen. Die bürgerliche Presse, beispielsweise die „Berliner Börsen-Zeitung“, sprach nach der Bekanntgabe des Brüning-Programms die Erwartung aus, daß „der jetzt in Aussicht genommene erweiterte Arbeitszwang für die Arbeitslosen im Rahmen der Mithilfe hoffentlich der erste Schritt zur Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ist.“

Wenn die nationalsozialistischen Wähler sich die Frage vorlegen, wie das ihnen versprochene Dritte Reich aussehen wird, sie können leicht eine Antwort finden. Diese Gegenüberstellung hier beweist: Das Brüning-Programm ist das Programm der NSDAP. Seine Ausbeutungs-, Hunger- und das Elend, die durch das Brüning-Programm über die werktätigen Massen Deutschlands gebracht werden sollen, sind ein Teil des „Glücks“, das das Dritte Reich Hitlers den arbeitenden Massen Deutschlands bringen will.

Wer hat nicht an diesem Teil genug? Wer hat Lust, das ganze dritte Reich auszulösen? Die 6 Millionen NSDAP.-Wähler werden diesen Marsch ins Dritte Reich nicht mitmachen.

Wahllehren und Arbeiterportler!

Klassengenossen und Klassengenossinnen!

Ein Gewissen geht durch die wertvolle Revolution. Die über-
wiegende Mehrheit der Wählenden wird mit der in Deutschland be-
richteten Politik einverstanden sein. Und deutlich hat dies der
11. September gezeigt. Während die rote Klassenfront unter Führung
der KPD. einundneunzig Millionen neue Streiter aufzuweisen konnte,
haben die Sozialdemokraten nahezu eine Million Stimmen verloren.
Hierin kommt deutlich die Umschichtung der proletarischen Wähler-
massen zum Ausdruck.

Im bürgerlichen Lager sehen wir ebenfalls eine große Ver-
änderung. Die alten Parteien gehen lautt. Die bezogenen und ent-
täuschten Kleinbürger, Angestellten, Gewerbetreibenden, Kleinrentner
suchen bei Hitler Rettung.

Das Wachsen der nationalsozialistischen in eine Folge der Politik
der sozialfaschistischen Führung. Sie waren es, die durch ihre Maß-
nahmen den offenen Faschismus stärkten. Der sozialdemokratische
Reichsinnenminister Severing hat den KPD. und die antifaschistischen
Jungen Garben verboten. Dagegen haben die sozialdemokratischen
Führer auf einen Wind der schwarzweißen Rechten das rheinisch-
westfälische Stahlverbot aufgehoben. Darüber hinaus haben die
sozialdemokratischen Führer den faschistischen Jugend-, bürgerlichen
Sport- und schwarzweißen Wehrgeschäften Millionen von Mark
aus Staatsmitteln zur Verfügung gestellt. Den proletarischen
Sportlern dagegen haben sie die sportlichen Übungsstätten, Spiel-
plätze, Turnhallen, Jugendheime, Schulküchen usw. geraubt. An der
Spitze dieses Feldzuges gegen die roten Arbeiterportler standen in
Preußen die sozialdemokratischen prominenten Führer Otto Braun,
der jetzige preussische Innenminister Baentig, der Leiter des Berlin-
Brandenburger Provinzial-Schulkollegiums, Sozialdemokrat König,
der berichtigte Polizeipräsident Jürgel und der sozialdemokratische
Schuldegnert Rydahl, Berlin.

Sportgenossen und -genossinnen!

Bei der Einweihung von Stadien, Sportplätzen, bei Verfassungs-
feiern wurden ihr durch die sozialdemokratischen Führer auf-
gefordert, gemeinsam mit den Schwarzweißrotten zu marschieren.
Stahlhelm, Reichsbanner und Arbeiterportler sollen zusammen für
die bürgerliche kapitalistische Ausbeuterrepublik demonstrieren und
die nationalfaschistische Front verkörpern. Um die Klassenbewußten
Arbeiterportler nationalfaschistisch besser zu verstehen zu können und für
das Schwarzweißrote Symbol der kapitalistischen Republik zu be-
geißern, wurden die Reichsbannerkolonnen gegen den Willen der Mit-
gliedschaft in unsere Reihen geschoben. Wie weit die Verbürgerlichung
und nationalfaschistische Verbannung von Gellert u. Co. getrieben wird,
zeigt auch das Beispiel von Urm. Hier marschierte beim Kreisfest
des würtembergischen Kreises im Juli dieses Jahres der KPD. als
Spitze der Arbeiterportler hinter einer Reichswehrkapelle.

Tiefer geht's kaum noch!

Ganz bemüht werden die Arbeiterportverbände von den sozial-
demokratischen Führern in den Dienst ihrer arbeiterfeindlichen Politik
gestellt. Dabei wurden ihr überhaupt nicht gefragt. Die proletarische
Demokratie wurde von den sozialdemokratischen Führern aufs größ-
tente verlegt und mißachtet. Wer diese sozialfaschistische Politik im
Arbeiter-Turn- und Sportbund nicht mitmacht, wurde rücksichtslos
von den Gellert und Bildung ausgeschlossen.

Genau wie in den Arbeiterportverbänden gingen die sozial-
demokratischen Führer in den übrigen Massenorganisationen
des Proletariats vor. In den Kulturverbänden, in den Gewer-
schaften, Genossenschaften, überall schlossen sie die oppositionellen
Klassenkämpfer aus und spalteten bewußt im Interesse des Kapitals
die proletarischen Massenorganisationen.

Die Unternehmer kündigen neue Lohnherabsetzungen und Ver-
tragsbedingungen an. Ihr nicht, daß in den Vereinen jetzt schon die
Mitglieder zu 75 Prozent bis 100 Prozent erwerbslos sind. Daß kein
halbverhungertes Prolet guten Sport treiben kann, begreift jeder.
Jetzt sollen sich in Berlin Hunderttausende Metallarbeiter dem Diktat
der Industriemagnaten auf weitere Verschlechterung der Arbeits-
bedingungen fügen. In dem Kampfe gegen die Hungeroffensive müht
sich die Seite an Seite mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition
kämpfen. Die rote Gewerkschaftsopposition führt den Kampf um Ver-
besserung der Lebenslage der Arbeiterklasse. Die reformistischen Ge-
werkschaftsführer dagegen stimmen dem Lohnabbau zu und organi-
sieren den Streikbruch. Gebt ihnen die richtige Antwort und schließt
euch der Einheitsfront des revolutionären Proletariats an und kämpft
unter der Führung der KPD. Außerdem müht ihr in den Betrieben
den verschärften Kampf gegen den von der Traubourgeoisie organi-
sierten Werkport führen. Der Einheitsfront der Schwarzrotgoldenen
kette die Arbeiterklasse die rote Einheitsfront des Proletariats gegen-
über, die unter Führung der KPD. die nationale und soziale Be-
freiung des Proletariats erkämpft.

Proletarier in den bürgerlichen Sportverbänden!

Klassengenossen!

Mit der Hyase der politischen Neutralität haben auch die natio-
nalfaschistischen Drahtzieher eingeschlagen. Genau so wie die übrigen
Arbeiter werden ihr ausgebeutet und unterdrückt. Für euch steht nicht
nur die Frage der sportlichen Erleichterung offen. Die Führer der
bürgerlichen Sportverbände stellen die bürgerliche Sportbewegung
rücksichtslos in den Dienst der Politik. Darunter verstehen sie, daß ihr
für die Interessen der Großkapitalisten, gegen die Arbeiterklasse
kämpft. Ihr werdet vorbereitet, um auf den Schlachtfeldern des Im-
perialismus für die Interessen des Kapitals zu kämpfen, ihr werdet
gegen die roten Arbeiterportler, das heißt gegen eure Arbeitsbrüder
und -schwestern gehen. Laßt euch nicht mißbrauchen. Stellt euch auch
im Sport an die Seite der Unterdrückten, mit denen ihr gemeinsam
in der Werkstatt, im Büro, in der Fabrik, im Bergwerk, in der Land-
wirtschaft ausgebeutet werdet, mit denen ihr nach der Stempelstelle
geht. Unterstützt nicht den faschistischen Werkport und imperialistischen
Werkport. Heraus aus dem schwarzweißroten bürgerlichen
Sportverbänden. Schließt euch der KPD. der roten Sporteinheit an.
Arbeiterportler und Arbeiterportlerinnen!

Ihr habt oft gesagt, daß ihr tren zur roten Fahne steht und die
Veruche, die schwarzweißroten Reichsbannerabteilungen bei uns
anzugreifen, ablehnt. Bei den Reichstagswahlen am 14. September
habt ihr erneut ein politisches Reizeignis abgelegt. Der große Er-
folg der roten Front, das heißt der gewaltige Stimmenzuwachs der
KPD., ist auf eure revolutionäre sportpolitische Tätigkeit zurückzu-
führen. Durch die klare Gegenüberstellung der Ziele der roten
Arbeiterportler gelang es uns, die Jugend in die rote Front ein-
zuführen. Der Zusammenbruch der schwarzweißroten Mittel-
parteien zeigt uns, daß die begeisterungsfähige Jugend dorthin geht,
wo um Ideale, das heißt um den Sozialismus, gekämpft wird.

Nach der Wahl müßt wir den Klassenport noch steigern. Es
gilt, den Gedanken der proletarischen Wehrhaftigkeit bei jung und alt
zu wecken. Wir müssen die proletarische Jugend auf die Bedeutung
des Wehrsports besonders hinweisen. Wehrsport bedeutet bei den
bürgerlichen militaristischen Erziehung im Interesse des Kapitalismus,
für einen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion. Wir Klassen-
sportler werden jetzt bei uns Wehrsport fördern und die antifaschistische
Kampffront stärken. Unsere Erfahrungen wollen wir reiflos in den
Dienst der Förderung der proletarischen Wehrhaftigkeit stellen. Die
Notwendigkeit dieser Aufgabe erkennt ihr am besten dadurch, daß, wie
im Urm., die Gellert-Gente mit der faschistischen Reichswehr gemeinsam

aufmarschierten. Der nationalsozialistische Einheitsstrom von der
Reichswehr, der Deutschen Turnerschaft, der Gellert und Bildung
stellen wir die rote Einheitsfront aller Wehrhaften gegenüber.

Der zu uns, verteidigt den roten Klassenport! Tretet ein in die
Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit! Zugehörigkeit zur Kampf-
gemeinschaft für rote Sporteinheit bedeutet nicht Austritt aus den
Arbeiterportverbänden. Sie ist die verstärkte Aufnahme des Kampfes
gegen die Spalter, für die Einheit aller Arbeiterportler! Kämpft mit
und Schulter an Schulter gegen die nationalfaschistische Politik eurer
Führer, die Vertreter der sozialfaschistischen Arbeiterport-Internationale,
für die rote Klassenfront in den Reihen der roten Sportinter-
nationale.

Vorwärts zum Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung und das
Massenelend, gegen Faschismus! Für proletarische Einheitsfront, für
die rote Sporteinheit! Für den unverwundlichen Klassenkampf unter
dem roten Freiheitsbanner!

Reichsleitung der Kampfgemeinschaft
für rote Sporteinheit.

Weitere Entlassungen bei der Reichsbahn

Die Vertreter der Tariforganisationen der Eisenbahner haben
gegenüber dem Personal ihre mehrmalige Zustimmung zu den von
der Hauptverwaltung verlangten Feierlichkeiten und den damit ver-
bundenen Entlassungen mit der Begründung vertreten, daß sie
durch ihre Forderung einen weiteren Abbau verhindern hätten. Daß
diese Taktik nur zur Rechtfertigung des ständigen Verrats der Büro-
kratie an den Eisenbahner diene, beweist die Tatsache, daß zurzeit
erweiterte Verhandlungen über die Verbringung des Personals und
die Kürzung der Arbeitszeit schweben. Am 22. September teilte der
Beauftragte der Hauptverwaltung den Vertretern der Tariforgani-
sationen in seiner Sitzung mit, daß, um eine Ueber-
spannung der Feierlichkeiten zu vermeiden, der
Personalhaushalt eingeschränkt werden müsse.
Er schlug vor, daß neben der Verbehalten von Feierlichkeiten zu-
nächst weitere 1000 Eisenbahner zur Entlassung kommen sollen. Falls
es jedoch nicht zu einem Feierlichkeitenabkommen käme, müßten min-
destens 5000 Eisenbahner entlassen werden. Diese Methode der
Drohung ist nur als zu bekennt. Sie wurde auch bei früheren Ver-
handlungen über die gleichen Fragen angewandt. Es zeigte sich
jedoch immer, daß trotz Einlegung der Feierlichkeiten eine größere
Anzahl der bei der Reichsbahn Beschäftigten zur Entlassung kam,
als bei den Verhandlungen erwähnt wurde. Der Direktor Dittl
von der Hauptverwaltung führte bei der oben erwähnten Be-
sprechung aus, daß jetzt die Feierlichkeiten auch auf die Bahn-
meisterstellen ausgedehnt werden.

Im Monat Oktober sollen zwei Feierlichkeiten von je neun
Stunden und in den Monaten November und Dezember je zwei
Feierlichkeiten von je acht Stunden eingelegt werden. Hiervon werden
betroffen alle unter den P.D. stehenden Arbeiter, Zeit- und Aus-
hilfsarbeiter in den

„Bahnmehreien (auch Stellwerke, Hochbau, Telegraphen-
und Gartenbahnmehreien) in den Fahrleitungsmeistereien und
Stromschienenkolonnen, in den Oberbauabteilungen, in den
Holtztränkanstalten, in den Steinbrüchen, Schotterwerken, Kies-
gruben und der Bahnwirtschaft, sowie in der K.M.W., soweit sie
auf Titel 14 geführt werden.“

Ein anderer Beauftragter der Hauptverwaltung, Direktor
Kühne, erklärte, daß außer den Ortsvorständen, die eine Ver-
längerung des Feierlichkeitenabkommens für möglich und auch für
richtig hielten, die Betriebsräte die gleiche Meinung vertreten.
Richtiger wäre es gewesen, wenn Kühne gesagt hätte, welche Be-
triebsräte eine solche Auffassung vertreten, damit die Eisenbahner
solche Elemente kennen lernen.

Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen,
aber so viel steht schon heute fest, daß die Hauptverwaltung von
ihren Plänen nicht abgehen wird und sie immer die Zu-
stimmung der Gewerkschaftsbürokratie erhält. Als bei der ersten
Abmachung zwischen Hauptverwaltung und der Gewerkschaftsbüro-
kratie über die Kürzung der Arbeitszeit und Vornahme von Ent-
lassungen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition darauf ver-
wies, daß die Verwaltung, die trotz der angeblichen Notlage keine Kürzung
der hohen Gehälter der oberen Beamten vornimmt und auch die
riesigen Summen für Bahnstich, Technische Rothilfe, Bahnport-
vereine usw. weiter verausgabt, sich nicht auf diese Vereinbarungen
beschränken würde, bezeichnete das die Gewerkschaftsbürokratie als
eine Dege. So, die sozialdemokratische Presse ging sogar so weit, den
Eisenbahner darzumachen, daß sie durch diese Abmachungen den
Machtentzug erreicht hätten. Auch diesmal wird die Gewerkschafts-
bürokratie ihre Bereitwilligkeit, zu den von den Vertretern der
Reichsbahnhauptverwaltung vorgelegenen Maßnahmen erklären.

Durch Bildung der revolutionären Front im Reichsbahnbetrieb
wird es möglich sein, den Kampf gegen die weitere Verelendung des
Personals zu organisieren und gegen alle Feinde der Eisenbahner
zu führen.



Kiebitz

Die lustige
Tietz-Post ist da!
Die wappbaren
moojan Willmoof
1000 Abonnements

Um die Kinder unserer Kindheit
den alle Willmoof der Welt
kühl werden will, soll in der
gelingung von Dales
oder Willmoof der
Abonnement abfolen



Enaben-Waffen

mit Rind-
güel Helle
Kanzel Gr.
5-12, Gr. 5
Jede weillere Größe
1 1000, ab Größe 7
1.50 mafe.

Waffen-Waffen

mit gemüß. Stoffe
mit Hellen
Bibidung.
Gr. 60-90
Größe 60
Jede weillere Größe
1.25 mafe.

Waffen-Waffen

mit warmem
Stoffe, Größe 40-95. Größe 40
Jede weillere Größe 20 Planung mafe.

Waffen-Waffen

mit Leinen . . . Größe 1-8 2 95

Waffen-Waffen

mit mit Stoffe gemüß.
Größe 60-85 . . . Größe 60
Jede weillere Größe 75 Planung mafe.

Enaben-Waffen

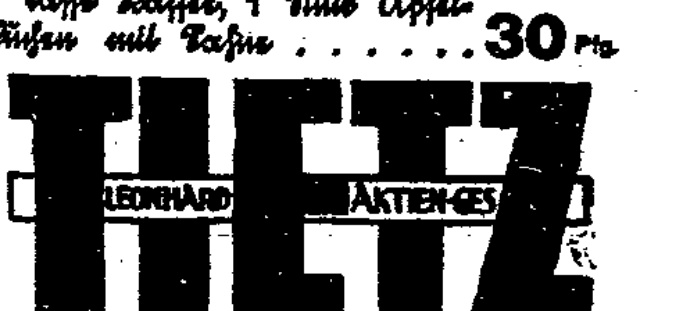
englischartige Stoffe ganz mit
Stoffe, Größe 3-12 . . . Größe 3 12 75
Jede weillere Größe 1 1000 mafe
ab Größe 7 1.25 mafe.

Waffen-Waffen

zum Einbau im Tietzraum:
1 Paar Wiener mit Stoffen 20 m
1 Tasse Koffein in 1 Wind-
büchel mit Tasse . . . 25 m

Waffen-Waffen

1 Tasse Kaffee, 1 Tasse Apfel-
Kissen mit Tasse . . . 30 m



Breslau, Ostbahn-Platz 21-23, Tel. 56554

Liebich

Theater
Ruf 346 46
2 x
täglich
4
Uhr nachm.
8
Uhr abends
Internation.
Varieté
Zeitgemäßer
Preisabbau

Beachten Sie
unsere
Anzeigen!

Ernst Heide
Rind- und Schweine-Schlächtere
Breslau
Markthalle, Ritterplatz, Stand 28

Dennoch zögern Sie?
Zur Frage der Kinderzahl. Ein Ratsschlag
für die Ehe! - Schenken Sie Ihre genaue
Adresse! - Kosten-ohne Beantwortung!
G. Krannich, Zerbst i. Anhalt, Breite 5

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Zahlstelle Waldenburg-Altmasser.
Am Freitag, dem 10. Oktober, abends
7 Uhr, findet im Saale der „Stad-
brauerei“ Waldenburg unsere ordentliche

Generalversammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht.
2. Vortrag des Kollegen Dietrich.
Bericht über den Verbandstag in
Berlin.
3. Die Kündigung des Lohntarifes in der
niederösterreichischen Metallindustrie
und welche Lage ziehen die Kollegen aus
dem Vorgehen der Arbeitgeber.
4. Verbandssangelegenheiten und Ver-
schiedenenes.
NB. Zutritt nur gegen Vorzeigen des
Mitgliedsbuches gestattet.
F. A.
Die Ortsverwaltung.